

 **Stadt- und Kreis-Sparkasse Darmstadt**
Rheinstraße 10-12, 64283 Darmstadt

im Geschäftsverkehr und im Folgenden auch als Sparkasse Darmstadt
bezeichnet

Basisprospekt vom 19.09.2011

für nicht-nachrangige Inhaberschuldverschreibungen

[mit fester Verzinsung] [mit variabler Verzinsung] ohne Kündigungsrecht der Emittentin.

INHALTSVERZEICHNIS

1	ZUSAMMENFASSUNG DES PROSPEKTES	5
1.1	Wichtige Hinweise	5
1.2	Die Sparkasse Darmstadt	5
1.2.1	Kurzbeschreibung der Emittentin	5
1.2.2	Zusammenfassung ausgewählter Finanzinformationen	7
1.2.3	Risikofaktoren hinsichtlich der Emittentin	7
1.3	Die Inhaberschuldverschreibungen	9
1.3.1	Beschreibung	9
1.3.2	Risikofaktoren hinsichtlich der Wertpapiere	9
2	RISIKOFAKTOREN	11
2.1	Emittentin	11
2.2	Wertpapiere	13
3	EMITTENTENBESCHREIBUNG	15
3.1	Angaben zur Emittentin	15
3.1.1	Verantwortliche Personen	15
3.1.2	Abschlussprüfer	15
3.1.3	Angaben über die Emittentin	15
3.1.3.1	Juristischer Name und Handelsregistereintragung	15
3.1.3.2	Gründung der Sparkasse Darmstadt	15
3.1.3.3	Rechtsform und anwendbares Recht, Sitz	16
3.1.3.4	Geschäftsanschrift	16
3.1.3.5	Wichtige Ereignisse aus jüngster Zeit in der Geschäftstätigkeit der Emittentin, die in hohem Maße für die Bewertung der Solvenz der Emittentin relevant sind	16
3.1.4	Geschäftsüberblick	16
3.1.4.1	Aufgaben und Funktionen	16
3.1.4.2	Geschäftsfelder	16
3.1.4.3	Geschäftsgebiet	17
3.1.5	Organisationsstruktur	17
3.1.6	Trendinformationen	17
3.1.7	Verwaltungs-, Management- und Aufsichtsorgane	17
3.1.8	Organe	17
3.1.8.1	Vorstands- und Verwaltungsratsmitglieder	17

3.1.8.2	Interessenkonflikte	19
3.1.9	Träger der Sparkasse Darmstadt	19
3.1.10	Finanzinformationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin	19
3.1.10.1	Geschäftsjahr	19
3.1.10.2	Historische Finanzinformationen	19
3.1.11	Gerichts- und Schiedsverfahren	20
3.1.12	Wesentliche Veränderungen in der Finanzlage der Sparkasse Darmstadt	20
3.1.13	Einsehbare Dokumente	20
3.2	Historische Finanzinformationen	20
4	WERTPAPIERBESCHREIBUNG FÜR SCHULDVERSCHREIBUNGEN DER SPARKASSE DARMSTADT	66
4.1	Allgemeines	66
4.2	Verantwortliche Personen	66
4.3	Gründe für das Angebot, Verwendung des Emissionserlöses	66
4.4	Angaben über die anzubietenden nicht-nachrangigen Schuldverschreibungen mit fester Verzinsung	66
4.4.1	Wertpapiergattung, Identifikationsnummer	66
4.4.2	Anwendbares Recht	67
4.4.3	Verbriefung	67
4.4.4	Währung	67
4.4.5	Status und Rang	67
4.4.6	Kündigungsrecht der Emittentin	67
4.4.7	Verzinsung	68
4.4.8	Fälligkeit, Art und Weise der Rückzahlung	69
4.4.9	Rendite	70
4.4.10	Ermächtigung	70
4.4.11	Emissionstermin	70
4.4.12	Übertragbarkeit der Wertpapiere	70
4.4.13	Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland	70
4.4.14	Verkaufsbeschränkungen	70
4.5	Bedingungen und Konditionen des Angebots	71
4.5.1	Angebotsstatistiken, Zeitplan und erforderliche Maßnahmen zur Umsetzung des Angebots	71
4.5.1.1	Emissionsvolumen, Stückelung	71
4.5.1.2	Beginn des öffentlichen Angebots und Verkaufsbeginn	71
4.5.1.3	Mindestanlagebetrag	71
4.5.1.4	Lieferung der Wertpapiere	71
4.5.2	Plan für die Aufteilung der Wertpapiere	72

4.5.3	Kursfestsetzung, Verkaufskurs	72
4.5.4	Platzierung und Emission	72
4.5.4.1	Platzierung	72
4.5.4.2	Zahl- und Hinterlegungsstelle	72
4.6	Zulassung zum Handel	72
4.7	Zusätzliche Informationen	72
4.7.1	Angaben, die in die Endgültigen Bedingungen einer Emission aufgenommen werden	72
4.7.2	Veröffentlichung des Prospekts, Veröffentlichung der Endgültigen Bedingungen	73
4.7.3	Angaben zu Beratern, Abschlussprüfern und Sachverständigen informationen	73
5	ANLEIHEBEDINGUNGEN	74
6	ENDGÜLTIGE BEDINGUNGEN	77
	UNTERSCHRIFTENSEITE	80

1 Zusammenfassung des Prospektes

1.1 Wichtige Hinweise

Die nachfolgende Zusammenfassung ist als Einführung zu diesem Basisprospekt (nachfolgend auch „Prospekt“ genannt) zu verstehen. Die Zusammenfassung ist im Zusammenhang mit dem gesamten Inhalt des Basisprospektes sowie etwaigen Nachträgen zu lesen. Eine Anlageentscheidung sollte daher nicht allein auf diese Zusammenfassung gestützt, sondern erst nach Studium des Basisprospektes sowie etwaiger Nachträge und der Endgültigen Bedingungen im Sinne des Art. 26 Abs. 5 Verordnung (EG) Nr. 809/2004 und § 6 des Wertpapierprospektgesetzes (WpPG) (nachfolgend „Endgültige Bedingungen“ genannt) getroffen werden, die im Zusammenhang mit der Emission von Inhaberschuldverschreibungen (nachfolgend auch „Schuldverschreibungen“ genannt) stehen. Die Sparkasse Darmstadt (nachfolgend auch „Emittentin“ genannt) haftet für den Inhalt dieser Zusammenfassung, jedoch nur für den Fall, dass die Zusammenfassung irreführend, unrichtig oder widersprüchlich ist, wenn sie zusammen mit den anderen Teilen des Prospekts gelesen wird. Jeder Anleger sollte sich darüber bewusst sein, dass für den Fall, dass vor einem Gericht Ansprüche auf Grund der in einem Prospekt enthaltenen Informationen geltend gemacht werden, der als Kläger auftretende Anleger in Anwendung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften der Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums die Kosten für die Übersetzung des Prospekts vor Prozessbeginn zu tragen haben könnte.

1.2 Die Sparkasse Darmstadt

1.2.1 Kurzbeschreibung der Emittentin

Bezeichnung	Sparkasse Darmstadt
Rechtsform	Die Sparkasse Darmstadt ist eine mündelsichere, dem gemeinen Nutzen dienende rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts nach deutschem Recht, eingetragen beim Amtsgericht Darmstadt unter HR A/6607.
Rechtsordnung	Deutsches Recht
Sitz	Darmstadt
Träger	Träger der Sparkasse Darmstadt sind die Stadt Darmstadt und der Landkreis Darmstadt-Dieburg.
Aufgaben	Die Sparkasse Darmstadt hat die Aufgabe, als dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen ihrer Träger in ihrem Geschäftsgebiet geld- und kreditwirtschaftliche Leistungen zu erbringen, insbesondere Gelegenheit zur sicheren

Anlage von Geldern zu geben. Sie fördert die kommunalen Belange insbesondere im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich.

Die Sparkasse Darmstadt hat das Sparen und die übrigen Formen der Vermögensbildung zu fördern und dient der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfes unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, des Mittelstandes, der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand nach Maßgabe ihrer Satzung. Die Sparkasse Darmstadt ist grundsätzlich verpflichtet, Existenzgründerinnen und Existenzgründer in ihrem Geschäftsgebiet zu beraten und sie beim Zugang zu Förderkrediten zu betreuen.

Die Sparkasse Darmstadt arbeitet mit den Verbundunternehmen der S-Finanzgruppe Hessen-Thüringen zusammen.

Die Sparkasse Darmstadt kooperiert mit den Förderbanken von Land und Bund.

Die Geschäfte werden unter Beachtung des öffentlichen Auftrags nach kaufmännischen Grundsätzen geführt; die Erzielung von Gewinn ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes.

Organe

Organe sind der Verwaltungsrat und der Vorstand.

Geschäftsfelder

Die Sparkasse Darmstadt betreibt alle banküblichen Geschäfte, soweit das Hessische Sparkassengesetz oder die Satzung keine Einschränkungen vorsehen.

Ausgewählte wichtige Ereignisse aus jüngster Zeit in der Geschäftstätigkeit der Emittentin

Es sind keine wichtigen Ereignisse eingetreten.

Geschäftsanschrift

Sparkasse Darmstadt
Rheinstraße 10-12, 64283 Darmstadt
Telefon: 06151 2816-0

Internetseite

www.sparkasse-darmstadt.de

1.2.2 Zusammenfassung ausgewählter Finanzinformationen

Die folgende Tabelle enthält eine Zusammenfassung bestimmter Finanzinformationen gemäß Handelsgesetzbuch (HGB) über die Sparkasse Darmstadt für die Geschäftsjahre 2009 und 2010, jeweils zum Jahresultimo. Sie sind den Geschäftsberichten 2009 und 2010 der Emittentin entnommen:

Jahresabschluss	31.12.2009 in Mio. EUR	31.12.2010 in Mio. EUR
Bilanzsumme	3.750,6	3.742,0
Forderungen an Kreditinstitute	123,8	415,9
Forderungen an Kunden	1.999,3	2.060,5
Wertpapiieranlagen *	1.429,5	1.073,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	587,0	429,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.618,9	2.816,3
Verbriefte Verbindlichkeiten	216,1	152,7
Eigenkapital	274,3	284,9
	1.1.2009 - 31.12.2009	1.1.2010 - 31.12.2010
Zinsüberschuss (incl. Erträge aus Aktien und Beteiligungen) *	84,1	84,3
Provisionsüberschuss *	21,6	21,7
Personalaufwand	40,2	38,9
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	25,4	29,7
Jahresüberschuss	14,0	15,0

*: Von der Sparkasse Darmstadt den testierten Jahresabschlüssen entnommene, selbst berechnete Zahlen, die daher ungeprüft sind.

1.2.3 Risikofaktoren hinsichtlich der Emittentin

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse Darmstadt wird durch Risikofaktoren beeinflusst, die die Emittentin und ihre Geschäftstätigkeit sowie den deutschen Bankensektor insgesamt betreffen. Folgende Aspekte können wesentliche nachteilige Auswirkungen auf den Geschäftsbetrieb der Sparkasse Darmstadt, das Ergebnis ihrer Geschäftstätigkeit oder ihre finanzielle Lage haben:

Risikomanagement

Die Sparkasse Darmstadt investiert laufend Mittel in die Entwicklung ihrer Methoden und

Verfahren zur Risikomessung, -überwachung und -steuerung. Trotz dieses Risikomanagements kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich Risiken negativ auf die Sparkasse Darmstadt auswirken.

Operationelles Risiko

Schwere Naturkatastrophen, Terroranschläge oder sonstige Ereignisse vergleichbaren Ausmaßes können eine Unterbrechung des Geschäftsbetriebes der Sparkasse Darmstadt mit erheblichen Kosten und Verlusten zur Folge haben. Das gleiche gilt für den Ausfall der Datenverarbeitungssysteme der Sparkasse Darmstadt.

Wettbewerb

Sollte es der Sparkasse Darmstadt nicht gelingen, dem Wettbewerb, dem sie in allen Geschäftsbereichen ausgesetzt ist, durch attraktive Dienstleistungen zu begegnen, kann dies ihre Profitabilität gefährden.

Bonitätsrisiko

Sollte die derzeitige Besicherungsquote des Kreditportfolios sinken, wäre die Emittentin höheren Kredit- und Ausfallrisiken ausgesetzt. Die Emittentin kann nicht garantieren, dass ihre Risikovorsorge ausreichend sein wird und dass sie in Zukunft nicht weitere erhebliche Risikovorsorge für etwaige zweifelhafte oder uneinbringliche Forderungen bilden muss.

Marktpreisrisiko

Rückläufige Finanzmärkte in Deutschland, Europa, den USA und weltweit, veränderte Zinssätze sowie höhere Risikoaufschläge können zu einer Verschlechterung der Ertragslage der Sparkasse Darmstadt führen.

Liquiditätsrisiko

Im Falle einer Liquiditätskrise wäre die Sparkasse Darmstadt möglicherweise nicht in der Lage, ihren gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen in vollem Umfang bzw. zeitgerecht nachzukommen.

Beteiligungsrisiko

Die Sparkasse Darmstadt ist mittelbar an der Landesbank Hessen-Thüringen beteiligt. Ungeachtet der zum Prospektdatum bestehenden wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Landesbank Hessen-Thüringen können aus dieser Beteiligung der Sparkasse Darmstadt Risiken entstehen, die negative Auswirkungen auf die Sparkasse Darmstadt haben können.

1.3 Die Inhaberschuldverschreibungen

1.3.1 Beschreibung

Die Ausstattung der Wertpapiere sowie die Angebotsbedingungen ergeben sich aus diesem Prospekt in Verbindung mit den Endgültigen Bedingungen für die jeweilige Emission. Die Endgültigen Bedingungen werden für jede Emission spätestens am ersten Tag des öffentlichen Angebots veröffentlicht und bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hinterlegt.

Anleger sollten bei der Entscheidung über einen Erwerb von Schuldverschreibungen zunächst ihre jeweilige finanzielle Situation und ihre Anlageziele berücksichtigen und die Eignung solcher Schuldverschreibungen angesichts ihrer persönlichen Umstände immer vor Erwerb mit ihren eigenen Finanz-, Rechts- und Steuerberatern erörtern.

Bei den anzubietenden Wertpapieren handelt es sich um Inhaberschuldverschreibungen der Sparkasse Darmstadt, jeweils ausschließlich lieferbar in Miteigentumsanteilen an einer Global-Inhaberschuldverschreibung mit einem Mindestnennwert in Höhe von 1.000,00 Euro. Form und Inhalt der Schuldverschreibungen sowie die Rechte und Pflichten der Emittentin und der Gläubiger unterliegen dem Recht der Bundesrepublik Deutschland. Die Emittentin beabsichtigt, laufend Emissionen von nicht-nachrangigen Schuldverschreibungen mit [mit fester Verzinsung] [mit variabler Verzinsung] ohne Kündigungsrecht der Emittentin zu begeben.

1.3.2 Risikofaktoren hinsichtlich der Wertpapiere

Risiko durch Änderung volkswirtschaftlicher Faktoren

Der Markt für von deutschen Unternehmen und Banken begebene Anleihen und deren Kurse wird von volkswirtschaftlichen Faktoren, dem Marktumfeld in Deutschland sowie in unterschiedlichem Umfang von Marktumfeld, Zinssätzen, Devisenkursen und Inflationsraten in anderen europäischen und sonstigen Industrieländern beeinflusst. Dies kann negative Auswirkungen auf die Anleihen und deren Kurse haben.

Risiko bei Verkauf vor Fälligkeit

Die Emittentin beabsichtigt regelmäßig An- und Verkaufskurse für die Schuldverschreibungen zu stellen. Sie übernimmt jedoch keinerlei Rechtspflicht hinsichtlich der Höhe oder des Zustandekommens derartiger Kurse. Der Anleger sollte deshalb nicht darauf vertrauen, dass die Schuldverschreibungen während der Laufzeit zu einer bestimmten Zeit oder einem bestimmten Kurs wieder verkauft werden können.

Risiko der Renditeminderung durch Kosten und Steuern

Neben- und Folgekosten beim Kauf und Verkauf der Schuldverschreibungen sowie mögliche steuerliche Folgen der Anlage in Schuldverschreibungen können negative Auswirkungen auf die Rendite der Anlage haben.

Risiko durch Veränderung des Marktzinsniveaus [und bei veränderlichem Zinssatz]

Die Wiederanlage von Zinsen kann nur zu jeweils aktuellen Marktzinsen erfolgen, die sich anders als erwartet entwickelt haben können.

[Beim Erwerb von Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung können Anleger auf Grund der schwankenden Zinserträge die endgültige Rendite der Schuldverschreibungen zum Kaufzeitpunkt nicht feststellen, so dass auch ein Rentabilitätsvergleich gegenüber Anlagen mit längerer Zinsbindungsfrist nicht möglich ist.]

Risiko durch Änderung des Referenzzinssatzes

Die variable Verzinsung einer Schuldverschreibung knüpft an einen Referenzzinssatz an. Eine Anlage in Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung beinhaltet deshalb stets das Risiko, dass Zinsansprüche nur in geringem Umfang und im Extremfall gar nicht entstehen. Anleger sollten über das erforderliche Wissen und die erforderliche Erfahrung in finanziellen und geschäftlichen Angelegenheiten verfügen und Erfahrung mit dem zu Grunde liegenden Referenzzinssatz haben und die damit verbundenen Risiken kennen.

Risiko bei kreditfinanziertem Erwerb

Bei kreditfinanziertem Erwerb der Schuldverschreibungen kann sich das Verlustrisiko erheblich erhöhen. Kommt es zu einem Zahlungsverzug oder –ausfall der Emittentin hinsichtlich der Schuldverschreibungen oder sinkt der Kurs erheblich, muss der Anleihegläubiger nicht nur den eingetretenen Verlust hinnehmen, sondern auch den Kredit bedienen, das heißt, die laufenden Zinsen tragen und den aufgenommenen Betrag zurückzahlen.

Liquiditätsrisiko

Liquiditätsrisiko bezeichnet die Gefahr, die Schuldverschreibungen nicht oder nicht zu einem angemessenen Preis am Markt verkaufen zu können. Dieses Risiko ist unter anderem abhängig vom platzierten Volumen.

2 Risikofaktoren

2.1 Emittentin

Die Sparkasse Darmstadt ist im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit bestimmten Risiken ausgesetzt. Die Verwirklichung dieser Risiken könnte im schlimmsten Fall erheblich nachteilige Auswirkungen auf den Geschäftsbetrieb der Sparkasse Darmstadt, das Ergebnis ihrer Geschäftstätigkeit oder ihre Geschäfts-, Finanz- und Ertragslage zur Folge haben und damit ihre Fähigkeit beeinträchtigen, ihre Verpflichtungen aus den von ihr begebenen Wertpapieren gegenüber den Anlegern zu erfüllen. Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse Darmstadt wird durch Risikofaktoren beeinflusst, die die Emittentin und ihre Geschäftstätigkeit sowie den deutschen Bankensektor insgesamt betreffen.

Zwar hat die Sparkasse Darmstadt zur Begrenzung und Kontrolle dieser Risiken ein umfassendes Risikomanagementsystem etabliert, das möglichst sicherstellen soll, dass die Verpflichtungen im Rahmen von Wertpapieremissionen jederzeit erfüllt werden können. Den gesetzlichen Rahmen für diese Risikosteuerung bildet das Gesetz über das Kreditwesen (KWG) konkretisiert durch die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk). Die Realisierung von Risiken kann trotz dieses Risikomanagementsystems jedoch nicht ausgeschlossen werden.

Risikomanagement

Die Sparkasse Darmstadt investiert laufend Mittel in die Entwicklung ihrer Methoden und Verfahren zur Risikomessung, -überwachung und -steuerung. Trotz dieses Risikomanagements kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich Risiken negativ auf die Sparkasse Darmstadt auswirken. Sollte sich herausstellen, dass diese Überwachungsmechanismen zur Begrenzung der sich tatsächlich realisierenden Risiken nicht voll wirksam sind oder diese noch nicht abdecken, könnten höhere als vorhergesehene Verluste insgesamt zu einem Umsatz- und Gewinnrückgang oder Verlust sowie zu einem Reputationsschaden führen. Hierfür werden Simulationen durchgeführt und die Risikotragfähigkeit der Sparkasse Darmstadt in Modellen ausgetestet.

Operationelles Risiko

Unvorhergesehene Ereignisse wie schwere Naturkatastrophen, Terroranschläge oder sonstige Ereignisse vergleichbaren Ausmaßes können eine Unterbrechung des Geschäftsbetriebes der Sparkasse Darmstadt mit erheblichen Kosten und Verlusten zur Folge haben. Auch eine Auswirkung auf die Versicherbarkeit eines solchen Ereignisses mit möglichen erhöhten zukünftigen Risiken kann die Folge sein.

Die Geschäftstätigkeit der Sparkasse Darmstadt hängt, wie bei Kreditinstituten üblich, in hohem Maße von funktionierenden Kommunikations- und Datenverarbeitungssystemen ab. Schon bei einem kurzen Ausfall der Datenverarbeitungssysteme könnte die Sparkasse

Darmstadt offene Positionen nicht wie geplant schließen und Kundenaufträge möglicherweise nicht ausführen. Die dadurch entstehenden Schäden und Kosten, unter anderem auch für die Wiederbeschaffung der notwendigen Daten, könnten trotz vorhandener Datensicherung, im Notfall einspringender EDV-Systeme (sog. Backup-Systeme) und sonstiger Notfallpläne beträchtlichen finanziellen Aufwand und Kundenverluste verursachen, die wiederum zu einer wesentlichen Verschlechterung der Finanzlage und des Betriebsergebnisses der Sparkasse Darmstadt führen könnten.

Wettbewerb

In allen Geschäftsbereichen der Sparkasse Darmstadt herrscht starker Wettbewerb. Wenn es der Sparkasse Darmstadt nicht gelingen sollte, dem starken Wettbewerb mit sorgfältiger Schuldnerauswahl und attraktiven und profitablen Produkten und Dienstleistungen zu begegnen, könnte ihre Profitabilität gefährdet sein.

Bonitätsrisiko

Als Kreditinstitut ist die Sparkasse Darmstadt dem Risiko ausgesetzt, dass Kreditnehmer und andere Vertragspartner ihren Verpflichtungen gegenüber der Sparkasse Darmstadt nicht nachkommen können. Obwohl die Sparkasse Darmstadt ihre Kreditengagements und Sicherheiten regelmäßig überprüft, kann auf Grund schwer oder nicht vorhersehbarer Umstände und Ereignisse die derzeitige Besicherungsquote des Kreditportfolios sinken. Die Sparkasse Darmstadt wäre dann höheren Kredit- und Ausfallrisiken ausgesetzt. Sie kann nicht garantieren, dass ihre Risikovorsorge ausreichend sein wird und dass sie in Zukunft nicht weitere Risikovorsorge in erheblichem Umfang für etwaige zweifelhafte oder uneinbringliche Forderungen bilden muss.

Marktpreisrisiko

Rückläufige Finanzmärkte in Deutschland, Europa, den USA und weltweit, veränderte Zinssätze auf Grund unbeeinflussbarer Faktoren (z. B. Geldpolitik) können zu einem Rückgang des Zinsüberschusses als wichtigste Ertragsquelle der Bank, einer Erhöhung der Zinsausgaben und daraus resultierend zu einer Verschlechterung der Ertragslage mit einer Aushöhung der Profitabilität führen.

In einigen Geschäftsbereichen der Sparkasse Darmstadt können starke Schwankungen der Märkte (sog. Volatilität) oder ein Gleichbleiben der Kurse (sog. Seitwärtsbewegungen der Märkte) zur Folge haben, dass die Marktstätigkeit zurückgeht und die Liquidität sinkt. Eine solche Entwicklung kann zu erheblichen Verlusten führen, wenn es der Sparkasse Darmstadt nicht rechtzeitig gelingt, die sich verschlechternden Positionen zu liquidieren.

Steigende Zinssätze könnten einen Rückgang der Nachfrage nach Krediten und damit der Absatzmöglichkeiten von Krediten der Sparkasse Darmstadt zur Folge haben. Sinkende

Leitzinsen könnten sich u. a. durch vermehrte vorzeitige Rückzahlungen von Krediten und stärkeren Wettbewerb um Kundeneinlagen auf die Sparkasse Darmstadt auswirken.

Gefahr verminderter Zahlungsfähigkeit

Die Gefahr verminderter Zahlungsfähigkeit verwirklicht sich, wenn ein Kreditinstitut seinen derzeitigen oder künftigen Zahlungsverpflichtungen nicht in voller Höhe oder nicht rechtzeitig nachkommen kann. Falls eine solche Liquiditätskrise eintritt, wäre eine Refinanzierung nur zu höheren Marktzinsen möglich (sog. Refinanzierungsrisiko). Zudem könnten Aktiva nur zu einem Abschlag von den Marktgewerten liquidiert werden (sog. Marktliquiditätsrisiko). Zur Begrenzung dieser Risiken betreibt die Sparkasse Darmstadt ein Liquiditätsmanagement. Hierbei ist sie bestrebt, Konzentrationen auf die Finanzierungsmittel mit sehr kurzfristigen Fälligkeiten zu vermeiden und genügend liquide Aktiva vorzuhalten, um unerwartete Liquiditätsaufrufe bedienen zu können. Trotz dieses Liquiditätsmanagements ist die Realisierung dieses Risikos aber nicht ausgeschlossen.

Beteiligungsrisiko

Die Sparkasse Darmstadt ist Mitglied des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen. Der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen ist zu 85 v. H. an der Landesbank Hessen-Thüringen beteiligt. Ungeachtet der zum Prospektdatum bestehenden wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Landesbank Hessen-Thüringen können aus deren Geschäftstätigkeit Risiken entstehen, die für die Sparkasse Darmstadt eine Beeinträchtigung ihrer Finanzlage zur Folge haben kann.

2.2 Wertpapiere

Sollte eines oder sollten mehrere der folgenden Risiken eintreten, könnte es zu wesentlichen und nachhaltigen Kursrückgängen der Schuldverschreibungen oder im Extremfall zu einem Totalverlust der Zinsen und – im Falle eines Zahlungsausfalles der Emittentin hinsichtlich der Schuldverschreibungen – zu einem Totalverlust des vom Anleger eingesetzten Kapitals kommen.

Die individuelle Beratung durch den Anlageberater vor der Kaufentscheidung ist in jedem Fall unerlässlich und wird nicht durch diesen Basisprospekt und die jeweiligen Endgültigen Bedingungen ersetzt.

Risiko durch Änderung volkswirtschaftlicher Faktoren

Der Markt für von deutschen Unternehmen und Banken begebene Anleihen und deren Kurse wird von volkswirtschaftlichen Faktoren, dem Marktumfeld in Deutschland sowie in unterschiedlichem Umfang von Marktumfeld, Zinssätzen, Devisenkursen und Inflationsraten in anderen europäischen und sonstigen Industrieländern beeinflusst. Dies kann negative Auswirkungen auf die Anleihen und deren Kurse haben.

Risiko bei Verkauf vor Fälligkeit

Soweit die Emittentin die Zulassung der Schuldverschreibungen zum Handel im regulierten Markt oder deren Einbeziehung in den Freiverkehr einer Börse nicht beabsichtigt, plant die Emittentin dennoch, unter gewöhnlichen Marktbedingungen regelmäßig Ankaufs- und Verkaufskurse für die Schuldverschreibungen zu stellen. Die Emittentin übernimmt jedoch keinerlei Rechtspflicht hinsichtlich der Höhe oder des Zustandekommens derartiger Kurse. Der Anleger sollte deshalb nicht darauf vertrauen, dass die Schuldverschreibungen vor Fälligkeit zu einer bestimmten Zeit oder einem bestimmten Kurs, insbesondere zum Erwerbskurs oder Nennbetrag, wieder verkauft werden können.

Risiko der Renditeminderung durch Kosten und Steuerlast

Beim Kauf und Verkauf von Schuldverschreibungen fallen neben dem aktuellen Preis des Wertpapiers verschiedene Nebenkosten und Folgekosten (insbesondere Transaktionskosten, Provisionen, Depotentgelte) an, die die Rendite der Schuldverschreibungen erheblich verringern oder sogar ausschließen können.

Zinszahlungen auf die Schuldverschreibungen oder vom Anleihegläubiger bei Verkauf oder Rückzahlung der Schuldverschreibungen steuerlich realisierte Gewinne sind in seiner Heimatrechtsordnung oder in anderen Rechtsordnungen, in denen er Steuern zahlen muss, möglicherweise steuerpflichtig.

Risiko durch Veränderung des Marktzinsniveaus [und bei veränderlichem Zinssatz]

Die Wiederanlage von Zinsen kann nur zu jeweils aktuellen Marktzinsen erfolgen, die sich anders als erwartet entwickelt haben können.

[Beim Erwerb von Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung können Anleger auf Grund der schwankenden Zinserträge die endgültige Rendite der Schuldverschreibungen zum Kaufzeitpunkt nicht feststellen, so dass auch ein Rentabilitätsvergleich gegenüber Anlagen mit längerer Zinsbindungsfrist nicht möglich ist.]

Risiko durch Änderung des Referenzzinssatzes

Die variable Verzinsung einer Schuldverschreibung knüpft an einen Referenzzinssatz an. Eine Anlage in Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung beinhaltet deshalb stets das Risiko, dass Zinsansprüche nur in geringem Umfang und im Extremfall gar nicht entstehen. Anleger sollten über das erforderliche Wissen und die erforderliche Erfahrung in finanziellen und geschäftlichen Angelegenheiten verfügen und Erfahrung mit dem zu Grunde liegenden Referenzzinssatz haben und die damit verbundenen Risiken kennen.

Risiko bei kreditfinanziertem Erwerb

Wird der Erwerb der Schuldverschreibungen mit Kredit finanziert und kommt es anschließend zu einem Zahlungsverzug oder -ausfall der Emittentin hinsichtlich der Schuldverschreibungen oder sinkt der Kurs erheblich, muss der Anleihegläubiger nicht nur den eingetretenen Verlust hinnehmen, sondern auch den Kredit bedienen, das heißt, die laufenden Zinsen tragen und den aufgenommenen Betrag zurückzahlen. Dadurch kann sich das Verlustrisiko erheblich erhöhen. Ein Anleger sollte nicht darauf vertrauen, aus Gewinnen eines Geschäftes den Kredit zurückzahlen und die Zinslast bestreiten zu können.

Liquiditätsrisiko

Liquiditätsrisiko bezeichnet die Gefahr, die Schuldverschreibungen nicht oder nicht zu einem angemessenen Preis am Markt verkaufen zu können. Dieses Risiko ist unter anderem abhängig vom platzierten Volumen.

3 Emittentenbeschreibung

3.1 Angaben zur Emittentin

3.1.1 Verantwortliche Personen

Die Sparkasse Darmstadt mit Sitz in Darmstadt übernimmt gemäß § 5 Abs. 4 Wertpapierprospektgesetz die Verantwortung für den Inhalt des Prospektes und erklärt, dass ihres Wissens die Angaben richtig und keine wesentlichen Umstände ausgelassen sind.

3.1.2 Abschlussprüfer

Abschlussprüfer für die Geschäftsjahre 2009 und 2010 war der Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen, Prüfungsstelle, Alte Rothofstraße 9, 60313 Frankfurt am Main. Die geprüften Finanzinformationen sind unter Abschnitt 3.2 aufgeführt. Der Abschlussprüfer der Jahresabschlüsse ist Mitglied der Wirtschaftsprüferkammer (Körperschaft des öffentlichen Rechts) mit Sitz in Berlin.

3.1.3 Angaben über die Emittentin

3.1.3.1 Juristischer Name und Handelsregistereintragung

Die Sparkasse Darmstadt ist als Stadt- und Kreis-Sparkasse Darmstadt im Handelsregister des Amtsgerichts Darmstadt unter HR A/6607 eingetragen.

3.1.3.2 Gründung der Sparkasse Darmstadt

Die Rechtsvorgängerin der Sparkasse Darmstadt wurde 1808 in Darmstadt / Hessen / Deutschland gegründet.

3.1.3.3 Rechtsform und anwendbares Recht, Sitz

Die Sparkasse Darmstadt ist eine mündelsichere, dem gemeinen Nutzen dienende rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts nach deutschem Recht. Der Sitz ist in Darmstadt.

3.1.3.4 Geschäftsanschrift

Die Sparkasse Darmstadt ist unter ihrer Geschäftsanschrift Rheinstraße 10-12, 64283 Darmstadt, Telefon: 06151 2816-0 erreichbar.

3.1.3.5 Wichtige Ereignisse aus jüngster Zeit in der Geschäftstätigkeit der Emittentin, die in hohem Maße für die Bewertung der Solvenz der Emittentin relevant sind

Es sind keine wichtigen Ereignisse eingetreten.

3.1.4 Geschäftsüberblick

3.1.4.1 Aufgaben und Funktionen

Die Sparkasse Darmstadt hat die Aufgabe, als dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen ihrer Träger in ihrem Geschäftsgebiet geld- und kreditwirtschaftliche Leistungen zu erbringen, insbesondere Gelegenheit zur sicheren Anlage von Geldern zu geben. Sie fördert die kommunalen Belange insbesondere im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich.

Die Sparkasse Darmstadt hat das Sparen und die übrigen Formen der Vermögensbildung zu fördern und dient der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfes unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, des Mittelstandes, der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand nach Maßgabe ihrer Satzung. Die Sparkasse Darmstadt ist grundsätzlich verpflichtet, Existenzgründerinnen und Existenzgründer in ihrem Geschäftsgebiet zu beraten und sie beim Zugang zu Förderkrediten zu betreuen. Die Sparkasse Darmstadt arbeitet mit den Verbundunternehmen der S-Finanzgruppe Hessen-Thüringen zusammen.

Die Sparkasse Darmstadt kooperiert mit den Förderbanken von Land und Bund.

Die Geschäfte werden unter Beachtung des öffentlichen Auftrags nach kaufmännischen Grundsätzen geführt; die Erzielung von Gewinn ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes.

3.1.4.2 Geschäftsfelder

Die Sparkasse Darmstadt betreibt alle banküblichen Geschäfte, soweit das Hessische Sparkassengesetz oder die Satzung keine Einschränkungen vorsehen. Das Bauspar-, Invest-

ment- und Versicherungsgeschäft werden im Verbund mit den bestehenden Unternehmen der Sparkassenorganisation betrieben. Die Tätigkeitsschwerpunkte liegen im Einlagen- und Kreditgeschäft mit Privatpersonen und Unternehmen aus dem Geschäftsgebiet.

3.1.4.3 Geschäftsgebiet

Das Geschäftsgebiet der Sparkasse Darmstadt umfasst die Stadt Darmstadt und aus dem Gebiet des Landkreises Darmstadt-Dieburg die folgenden Städte und Gemeinden: Alsbach-Hähnlein, Bickenbach, Erzhausen, Griesheim, Messel (das Gebiet der Gemeinde ohne den Ortsteil der früheren Grube Messel), Modautal, Mühlthal, Ober-Ramstadt, Pfungstadt, Roßdorf (das Gebiet der Gemeinde ohne das Gebiet der früheren Gemeinde Gundershausen), Seeheim-Jugenheim, Weiterstadt.

3.1.5 Organisationsstruktur

Die Sparkasse Darmstadt ist Mitglied des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen sowie der Sparkassen-Finanzgruppe. Die Sparkasse Darmstadt ist unabhängig.

Die Sparkasse Darmstadt ist Mitglied im Sparkassenstützungsfonds des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen und damit dem Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen.

3.1.6 Trendinformationen

Seit dem Stichtag des letzten veröffentlichten Jahresabschlusses, dem 31.12.2010, sind keine wesentlichen negativen Veränderungen in den Aussichten der Sparkasse Darmstadt eingetreten.

3.1.7 Verwaltungs-, Management- und Aufsichtsorgane

3.1.8 Organe

Die Organe der Sparkasse Darmstadt sind:

- der Verwaltungsrat,
- der Vorstand

3.1.8.1 Vorstands- und Verwaltungsratsmitglieder

Der Vorstand der Sparkasse Darmstadt besteht satzungsgemäß aus mehreren Mitgliedern. Daneben können stellvertretende Mitglieder bestellt werden. Der Verwaltungsrat beschließt die Anstellung und die Entlassung der Mitglieder des Vorstandes und die Bestel-

lung der stellvertretenden Mitglieder des Vorstandes. Mitglieder des Vorstandes sind derzeit:

- Georg Sellner (Vorstandsvorsitzender)
- Roman Scheidel (stellvertretender Vorstandsvorsitzender)
- Hans-Werner Erb (Vorstandsmitglied)

Die Mitglieder des Vorstandes haben ihre Geschäftsadresse jeweils Rheinstraße 10-12, 64283 Darmstadt.

Der Verwaltungsrat der Sparkasse Darmstadt besteht satzungsgemäß aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden, fünf Vertretern der Arbeitnehmer und acht weiteren sachkundigen Mitgliedern. Diese acht weiteren sachkundigen Mitglieder werden von der Vertretungskörperschaft für die Dauer einer Wahlperiode gewählt, davon fünf von der Vertretungskörperschaft der Stadt Darmstadt und drei von der Vertretungskörperschaft des Landkreises Darmstadt-Dieburg. Mitglieder des Verwaltungsrates sind derzeit:

Vorsitzende (in zweijährlichem Wechsel):

- Klaus Peter Schellhaas, Landrat des Landkreises Darmstadt-Dieburg
- Jochen Partsch, Oberbürgermeister der Stadt Darmstadt

Mitglieder:

- Hanno Benz, Pressesprecher
- Thomas Heldmann, Angestellter
- Hans-Dieter Karl, Bürgermeister der Gemeinde Erzhausen
- Ben Lüttges, Student
- Philipp Mager, Betriebsleiter
- André Schellenberg, Kämmerer der Stadt Darmstadt
- Thomas Steinacker, Rechtsanwalt
- Karin Wolff, Landtagsabgeordnete

Mitglieder Arbeitnehmervertreter:

- Reinhold Hafermehl, Sparkassenangestellter
- Petra Klink, Sparkassenangestellte
- Dagmar Metzger, Sparkassenangestellte
- Friedel Röder, Sparkassenangestellter
- Renate Wudy, Sparkassenangestellte

Die Mitglieder des Verwaltungsrates haben ihre Geschäftsadresse jeweils Rheinstraße 10-12, 64283 Darmstadt.

Herr Sparkassendirektor Georg Sellner ist Mitglied im Aufsichtsrat der DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt am Main, der SV Sparkassen-Versicherung Lebensversicherung AG, Stuttgart, der Deutscher Sparkassen Verlag GmbH, Stuttgart, stellvertretendes Mitglied im Aufsichtsrat der SIZ Informationszentrum der Sparkassenorganisation GmbH, Bonn, Mitglied der Trägerversammlung der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main/Erfurt und Mitglied der Gesellschafterversammlung der Finanz Informatik und Mitglied im Aufsichtsrat der Feuerversicherung Berlin-Brandenburg.

Herr Sparkassendirektor Roman Scheidel ist Mitglied im Aufsichtsrat der KUNZE Beteiligungen und Verwaltung AG und der PROFI Engineering Systems AG.

Herr Sparkassendirektor Hans-Werner Erb ist Mitglied im Aufsichtsrat der Hessische Elektrizitäts-AG (HEAG), Darmstadt.

3.1.8.2 Interessenkonflikte

Von Seiten der Vorstands- und Verwaltungsratsmitglieder bestehen derzeit keine potentiellen Interessenkonflikte zwischen ihren Verpflichtungen gegenüber der Sparkasse Darmstadt sowie ihren privaten Interessen oder sonstigen Verpflichtungen.

3.1.9 Träger der Sparkasse Darmstadt

Träger der Sparkasse Darmstadt im Sinne von § 3 Hessisches Sparkassengesetz sind die Stadt Darmstadt und der Landkreis Darmstadt-Dieburg.

3.1.10 Finanzinformationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin

3.1.10.1 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Sparkasse Darmstadt entspricht dem Kalenderjahr.

3.1.10.2 Historische Finanzinformationen

Alle in diesem Prospekt dargestellten bzw. enthaltenen Finanzinformationen bezüglich der Sparkasse Darmstadt beruhen auf den Jahresabschlüssen der Sparkasse Darmstadt für ihre zum 31. Dezember 2009 und 31. Dezember 2010 abgelaufenen Geschäftsjahre mit den entsprechenden Erläuterungen.

Die geprüften historischen Finanzangaben der Sparkasse Darmstadt (Jahresabschluss einschließlich Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang sowie Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers) für die Geschäftsjahre 2009 und 2010 sind im Abschnitt 3.2 dieses Prospektes unter „Historische Finanzinformationen“ abgedruckt.

3.1.11 Gerichts- und Schiedsverfahren

Es hat keine staatlichen Interventionen, Gerichts- oder Schiedsgerichtsverfahren (einschließlich derjenigen Verfahren, die nach Kenntnis der Sparkasse Darmstadt noch anhängig sind oder eingeleitet werden könnten) gegeben, die im Zeitraum der mindestens letzten 12 Monate bestanden/abgeschlossen wurden, und die sich erheblich auf die Finanzlage oder die Rentabilität der Sparkasse Darmstadt auswirken bzw. in jüngster Zeit ausgewirkt haben.

3.1.12 Wesentliche Veränderungen in der Finanzlage der Sparkasse Darmstadt

Seit dem 31.12.2010 sind keine wesentlichen Veränderungen in der Finanzlage der Sparkasse Darmstadt eingetreten.

3.1.13 Einsehbare Dokumente

Während der Gültigkeitsdauer des Prospektes sind die Geschäftsberichte 2009 und 2010 einschließlich Jahresabschluss, die Satzung der Sparkasse Darmstadt sowie Ablichtungen weiterer in diesem Prospekt genannter Unterlagen während der üblichen Öffnungszeiten bei der Sparkasse Darmstadt, Rheinstraße 10-12, 64283 Darmstadt einsehbar. Die Geschäftsberichte sind unter der vorstehend genannten Anschrift ferner als Druckfassung erhältlich.

3.2 Historische Finanzinformationen

Auf den folgenden Seiten finden sich der Jahresabschluss einschließlich Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang sowie Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2009 auf den Seiten 22 bis 41 sowie für das Geschäftsjahr 2010 auf den Seiten 42 bis 65.

Gliederung des Finanzteils

Jahresabschluss der Sparkasse Darmstadt zum 31. Dezember 2009

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2009	Seite 22
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009	Seite 23
Anhang	Seite 24
A Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	Seite 25
B Angaben und Erläuterungen zur Bilanz	Seite 27
C Angaben und Erläuterungen zu den Posten unter dem Bilanzstrich	Seite 32
D Angaben und Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	Seite 32
E Sonstige Angaben	Seite 34
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	Seite 40

Jahresabschluss der Sparkasse Darmstadt zum 31. Dezember 2010

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2010	Seite 42
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010	Seite 44
Anhang	Seite 45
A Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	Seite 46
B Angaben und Erläuterungen zur Bilanz	Seite 49
C Angaben und Erläuterungen zu den Posten unter dem Bilanzstrich	Seite 55
D Angaben und Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	Seite 55
E Sonstige Angaben	Seite 56
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	Seite 64

Aktivseite
Jahresbilanz zum 31. Dezember 2009
Passivseite

	EUR	EUR	EUR	31.12.2008 TEUR		EUR	EUR	EUR	31.12.2008 TEUR
1. Barreserve					1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) Kassenbestand		22.108.435,36		24.489	a) täglich fällig		53.042.573,56		86.831
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		49.488.418,82		45.219	b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		533.971.173,14		559.648
			71.596.854,18	69.708				587.013.746,70	646.479
2. Schultitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind					2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schultitel öffentlicher Stellen		-,-		-	a) Spareinlagen				
b) Wechsel		-,-		-	aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	599.414.901,30			511.632
3. Forderungen an Kreditinstitute					ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	142.686.499,98			155.987
a) täglich fällig	16.460.437,33			3.262	b) andere Verbindlichkeiten		742.101.401,28		867.619
b) andere Forderungen	107.325.505,24			502.079	ba) täglich fällig	1.176.909.427,64			929.569
			123.785.942,97	505.341	bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	699.657.156,74			733.757
4. Forderungen an Kunden			1.999.335.551,14	1.892.188		1.876.766.584,38		2.618.867.985,66	1.683.326
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	1.107.464.881,11 EUR			(1.061.419)	3. Verbriefte Verbindlichkeiten				2.330.945
Kommunikalkredite	129.133.525,85 EUR			(91.878)	a) begebene Schuldverschreibungen	216.124.144,62			312.212
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		-,-	216.124.144,62	312.212
a) Geldmarktpapiere					darunter:				
aa) von öffentlichen Emittenten	-,-			-	Geldmarktpapiere	-,-	EUR		(-)
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,-	EUR		(-)	eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-,-	EUR		(-)
ab) von anderen Emittenten	-,-			82.423	4. Treuhandverbindlichkeiten			63.586,56	77
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,-	EUR		82.423	darunter: Treuhandkredite	63.586,56	EUR		(77)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					5. Sonstige Verbindlichkeiten			7.250.933,52	6.628
ba) von öffentlichen Emittenten	19.252.285,07			-	6. Rechnungsabgrenzungsposten			3.331.990,42	3.315
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	19.252.285,07	EUR		(-)	7. Rückstellungen				
bb) von anderen Emittenten	1.321.625.713,97			837.697	a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	8.760.586,00			8.059
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.340.877.999,04	EUR		837.697	b) Steuerrückstellungen	3.128.728,28			943
c) eigene Schuldverschreibungen	1.293.299.005,99	EUR		(811.646)	c) andere Rückstellungen	17.776.460,60			18.054
Nennbetrag	2.742.915,66	EUR		784				29.665.772,88	27.056
			1.343.620.914,70	920.904	8. Sonderposten mit Rücklageanteil			-,-	-
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			85.902.649,83	86.088	9. Nachrangige Verbindlichkeiten			-,-	-
7. Beteiligungen			48.602.054,04	49.646	10. Genussrechtskapital			-,-	-
darunter:					darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-,-	EUR		(-)
an Kreditinstituten	-,-	EUR		(-)	11. Eigenkapital				
an Finanzdienstleistungsinstituten	2.435.250,00	EUR		(2.261)	a) gezeichnetes Kapital	-,-			-
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			204.516,75	205	b) Kapitalrücklage	-,-			-
darunter:					c) Gewinnrücklagen				
an Kreditinstituten	-,-	EUR		(-)	ca) Sicherheitsrücklage	274.251.732,75			263.902
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,-	EUR		(-)	cb) andere Rücklagen	-,-			-
9. Treuhandvermögen			63.586,56	77		274.251.732,75			263.902
darunter:					d) Bilanzgewinn	14.000.073,45			13.800
Treuhandkredite	63.586,56	EUR		(77)				288.251.806,20	277.702
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			-,-	-	Summe der Passiva			3.750.569.966,56	3.604.414
11. Immaterielle Anlagewerte			143.464,00	174	1. Eventualverbindlichkeiten				
12. Sachanlagen			64.106.607,10	68.525	a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln	-,-			-
13. Sonstige Vermögensgegenstände			10.983.987,43	7.437	b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	83.763.915,91			85.149
14. Rechnungsabgrenzungsposten			2.223.837,86	4.121	c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	-,-			-
Summe der Aktiva			3.750.569.966,56	3.604.414				83.763.915,91	85.149
					2. Andere Verpflichtungen				
					a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften	-,-			-
					b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	-,-			-
					c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	117.314.815,90			101.488
								117.314.815,90	101.488

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009**

	EUR	EUR	EUR	1.1.-31.12.2008 TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	112.920.212,65			122.793
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schulbuchforderungen	<u>48.608.300,15</u>	161.528.512,80		<u>45.140</u> 167.933
2. Zinsaufwendungen		<u>81.924.284,80</u>	79.604.228,00	<u>94.019</u> 73.914
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		3.089.444,49		4.089
b) Beteiligungen		<u>1.399.699,71</u>		<u>2.352</u>
c) Anteile an verbundenen Unternehmen		<u>-,-</u>	4.489.144,20	<u>-</u> 6.441
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			2.541,34	5
5. Provisionserträge		<u>23.697.695,51</u>		<u>23.501</u>
6. Provisionsaufwendungen		<u>2.096.767,45</u>	21.600.928,06	<u>2.055</u> 21.446
7. Nettoertrag (Vorjahr: Nettoaufwand) aus Finanzgeschäften			191.062,60	929
8. Sonstige betriebliche Erträge			7.731.520,33	6.641
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			<u>-,-</u>	<u>-</u> 113.619.424,53 107.518
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	30.919.327,45			30.152
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstütz.	<u>9.256.547,71</u>	40.175.875,16		<u>8.072</u> 38.224
darunter: für Alters- versorgung <u>3.648.524,62</u> EUR				<u>(2.582)</u> 19.128
b) andere Verwaltungsaufwendungen		<u>17.896.460,24</u>	58.072.335,40	<u>57.352</u>
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			4.427.743,29	4.767
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			4.374.087,15	3.711
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rück- stellungen im Kreditgeschäft			20.180.944,62	18.199
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			<u>-,-</u>	<u>-</u>
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlage- vermögen behandelte Wertpapiere			1.200.000,00	26
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			<u>-,-</u>	<u>-</u>
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			<u>-,-</u>	<u>-</u>
18. Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil			<u>-,-</u>	<u>-</u>
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			25.364.314,07	23.463
	EUR	EUR	EUR	1.1.-31.12.2008 TEUR
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigl (Übertrag)			25.364.314,07	23.463
20. Außerordentliche Erträge		<u>-,-</u>		<u>-</u>
21. Außerordentliche Aufwendungen		<u>-,-</u>		<u>-</u>
22. Außerordentliches Ergebnis			<u>-,-</u>	<u>-</u>
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		11.187.899,08		9.510
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgew		<u>176.341,54</u>	11.364.240,62	<u>153</u> 9.663
25. Jahresüberschuss			14.000.073,45	13.800
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			<u>-,-</u>	<u>-</u> 14.000.073,45 13.800
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage		<u>-,-</u>		<u>-</u>
b) aus anderen Rücklagen		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			<u>-,-</u>	<u>-</u> 14.000.073,45 13.800
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage		<u>-,-</u>		<u>-</u>
b) in andere Rücklagen		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			<u>-,-</u>	<u>-</u>
29. Bilanzgewinn			14.000.073,45	13.800

ANHANG

der

**Stadt- und Kreis-Sparkasse
Darmstadt**

A. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009 wurde auf der Grundlage des Handelsgesetzbuchs (HGB) in der bis zum 28. Mai 2009 geltenden Fassung aufgestellt. Darüber hinaus wurden die gemäß Art. 66 Abs. 2 Satz 1 des Einführungsgesetzes zum HGB (EGHGB) in der Fassung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes erforderlichen Angaben im Anhang berücksichtigt.

Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden sind grundsätzlich zum Nennwert oder zu den Anschaffungskosten ausgewiesen, wobei ein eventueller Unterschiedsbetrag zwischen Nennwert und Auszahlungsbetrag als Rechnungsabgrenzungsposten bilanziert und zeitanteilig aufgelöst wird. Erforderliche Wertberichtigungen werden gekürzt. Die Vorsorge für Risiken im Kreditgeschäft umfasst Wertberichtigungen und Rückstellungen für alle Bonitätsrisiken und für latente Ausfallrisiken. Erwartete Verwertungserlöse bei Abwicklungseingagements werden abgezinst. Dem latenten Kreditrisiko wird in Form von Pauschalwertberichtigungen, die entsprechend den Vorgaben der Finanzverwaltung ermittelt werden, Rechnung getragen. Für die bei Kreditinstituten vorhandenen besonderen Risiken bestehen zudem versteuerte Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB und Reserven nach § 26a KWG a. F. Das Wahlrecht gemäß § 340f Abs. 3 HGB wurde in Anspruch genommen.

Die **Wertpapiere** werden grundsätzlich zu den Anschaffungskosten beziehungsweise niedrigeren Kurswerten oder den niedrigeren beizulegenden Werten bilanziert (strenges Niederstwertprinzip). Vor dem Hintergrund der besonderen Marktverhältnisse im Zuge der Finanzmarktkrise haben wir die Wertpapiere daraufhin untersucht, ob zum Bilanzstichtag für diese Wertpapiere ein aktiver Markt vorliegt. Dabei haben wir auch die Marktverhältnisse in zeitlicher Nähe zum Bilanzstichtag in unsere Beurteilung einbezogen. Da nach unserer Einschätzung für die von uns gehaltenen Wertpapiere aktive Märkte vorliegen, haben wir Börsenpreise oder sonstige Marktpreise zur Bewertung herangezogen. Die angesetzten Kurse haben wir zusätzlich jeweils anhand einer zweiten Kursquelle plausibilisiert. Die Anteile an dem Wertpapier-Spezialfonds und den Publikumsfonds haben wir auf Basis der investmentrechtlichen Rücknahmepreise bewertet.

Die **Beteiligungen** und die **Anteile an verbundenen Unternehmen** sind mit den Anschaffungskosten beziehungsweise den fortgeführten Buchwerten bilanziert; bei Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Die entgeltlich erworbenen **immateriellen Anlagewerte** und die **Sachanlagen** bewerten wir zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer. Dabei orientieren wir uns an den von der Finanzverwaltung veröffentlichten Abschreibungstabellen. Bei voraussichtlich dauern-

der Wertminderung werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten 150,00 EUR nicht übersteigen, werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben. Bei Anschaffungskosten zwischen 150,00 EUR und 1.000,00 EUR werden die geringwertigen Wirtschaftsgüter in einen Sammelposten aufgenommen, der ab dem Jahr der Anschaffung jährlich in Höhe eines Fünftels abgeschrieben wird.

Soweit die Gründe für vorgenommene außerplanmäßige Abschreibungen beziehungsweise für Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert nicht mehr bestehen, werden **Zuschreibungen nach § 280 Abs. 1 HGB** vorgenommen.

Steuerliche Sonderabschreibungen früherer Jahre beeinflussen das Ergebnis nur in unbedeutendem Umfang.

Aus dem Ansatz steuerlicher Werte sind zukünftige Belastungen in Form von Steuerzahlungen zu erwarten. Die Belastungen verteilen sich über eine Reihe von Jahren und beeinflussen die künftigen Jahresergebnisse nur unwesentlich.

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Rückzahlungsbetrag beziehungsweise Nominalbetrag passiviert. Der Unterschied zwischen Nennbetrag und Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten wird in den Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst. Zero-Bonds und ähnliche Verbindlichkeiten werden mit ihrem Barwert angesetzt.

Bei der Bemessung der **Rückstellungen** haben wir alle ungewissen Verbindlichkeiten und drohenden Verluste angemessen und ausreichend berücksichtigt.

Die **Währungsumrechnung** erfolgt nach § 340h HGB. Bilanzposten und Posten der Gewinn- und Verlustrechnung, die auf ausländische Währung lauten, sowie schwebende Fremdwährungskassa- und Termingeschäfte werden zum EZB-Referenzkurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Umrechnungsdifferenzen werden unter Beachtung des Niederstwert- und des Imparitätsprinzips erfolgswirksam gebucht. Nicht realisierte Erfolge aus schwebenden Geschäften werden nur bei Vorliegen einer besonderen Deckung vereinnahmt.

B. ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

FRISTENGLIEDERUNG

	Restlaufzeit				Forderungen mit unbestimmter Laufzeit	Beträge, die in dem Jahr, das auf den Bilanzstichtag folgt, fällig werden
	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre		
	TEUR					
Aktivposten						
3. Forderungen an Kreditinstitute b) andere Forderungen (ohne Bausparguthaben)	23.989	1.395	-----	80.000	-----	-----
4. Forderungen an Kunden	115.721	120.942	434.716	1.282.046	45.911	-----
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	-----	-----	-----	-----	-----	428.339
Passivposten						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	3.044	175.784	128.800	226.343	-----	-----
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden a) Spareinlagen ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	119.941	17.397	2.415	2.933	-----	-----
b) andere Verbindlichkeiten bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	322.709	99.969	238.209	38.970	-----	-----
3. Verbriefte Verbindlichkeiten a) begebene Schuldverschreibungen	-----	-----	-----	-----	-----	112.165
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten	-----	-----	-----	-----	-----	-----

BEZIEHUNGEN ZU VERBUNDENEN UNTERNEHMEN SOWIE UNTERNEHMEN, MIT DENEN EIN BETEILIGUNGSVERHÄLTNIS BESTEHT

In den folgenden Posten sind Forderungen an bzw. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sowie Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten:

Bilanzposten	Forderungen an bzw. Verbindlichkeiten gegenüber			
	verbundene Unternehmen		Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008
TEUR				
Aktivposten				
Forderungen an Kunden	-----	-----	46.567	50.972
Passivposten				
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	205	205	32.679	28.528

FORDERUNGEN AN DIE BZW. VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER DER EIGENE(N) GIROZENTRALE

Forderungen an die bzw. Verbindlichkeiten gegenüber der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main und Erfurt, sind in den folgenden Bilanzpositionen enthalten.

	31.12.2009	31.12.2008
	TEUR	
Forderungen an Kreditinstitute	20.333	382.310
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	413.432	479.680

BÖRSENFÄHIGE WERTPAPIERE

	insgesamt	davon		darunter wie Anlagevermögen bewertet
		börsennotiert	nicht börsennotiert	
	TEUR			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.343.621	1.298.575	45.046	-----
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	85.903	9.199	76.704	-----

ANTEILSBESITZ

Die Sparkasse verfügt bei der Beteiligung an der HEAG Holding AG - Beteiligungsmanagement der Wissenschaftsstadt Darmstadt (HEAG), Darmstadt, in Höhe von nominal 2.433 TEUR über einen Stimmrechtsanteil von 5,01 %.

Nach dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009 beträgt bei dem Tochterunternehmen der Sparkasse Darmstadt, der Stadtgrund Immobilien GmbH, Darmstadt, die Bilanzsumme 205 TEUR und der an die Sparkasse abgeführte Gewinn 3 TEUR. Der Anteil der Sparkasse Darmstadt am Eigenkapital der Gesellschaft in Höhe von 205 TEUR beträgt 100 %. Eine Einbeziehung des Tochterunternehmens in einen Konzernabschluss hätte einen unwesentlichen Einfluss auf die Bilanzsumme, das Eigenkapital und den Jahresüberschuss. Im Hinblick auf das durch den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009 der Sparkasse vermittelte, den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ist das verbundene Unternehmen insgesamt von untergeordneter Bedeutung, so dass gemäß § 296 HGB die Aufstellung eines **Konzernabschlusses** unterbleiben konnte.

TREUHANDGESCHÄFTE

Das Treuhandvermögen betrifft in voller Höhe Forderungen an Kunden. Die Treuhandverbindlichkeiten entfallen in voller Höhe auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

ENTWICKLUNG DES ANLAGEVERMÖGENS

a) Finanzanlagen

	Anschaffungskosten 1.1.2009	Veränderungen des Geschäftsjahres	Buchwert	
			31.12.2009	31.12.2008
TEUR				
Anteile an verbundenen Unternehmen	205	-----	205	205
Beteiligungen	49.646	-1.044	48.602	49.646

Es wurde von der Zusammenfassungsmöglichkeit des § 34 Abs. 3 RechKredV Gebrauch gemacht.

b) Sachanlagevermögen, immaterielle Anlagen und sonstige Vermögensgegenstände

	Anschaffungskosten 1.1.2009	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Zuschreibungen	Abschreibungen		Buchwert	
						aufgelaufene	des Geschäftsjahres	31.12.2009	31.12.2008
TEUR									
Grundstücke und Gebäude	130.116	27	849	-----	-----	68.888	3.004	60.406	64.101
Betriebs- und Geschäftsausstattung	21.963	569	857	-----	-----	17.975	1.285	3.700	4.425
Immaterielle Anlagewerte	1.010	108	54	-----	-----	921	139	143	174
Sonstige Vermögensgegenstände	5.113	10	-----	-----	-----	-----	-----	5.123	5.113

Die Grundstücke und Bauten entfallen mit 49.999 TEUR auf von der Sparkasse im Rahmen ihrer eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke.

RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:

	31.12.2009	31.12.2008
TEUR		
Aktivseite		
Disagio aus Verbindlichkeiten	2.028	2.947
Passivseite		
Disagio aus Forderungen	2.765	3.155

NACHRANGIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Nachrangige Vermögensgegenstände sind in folgenden Aktivposten enthalten:

	31.12.2009	31.12.2008
TEUR		
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	6.500	7.500
Sonstige Vermögensgegenstände	5.113	5.113

VERMÖGENSGEGENSTÄNDE UND VERBINDLICHKEITEN IN FREMDWÄHRUNG

Auf Fremdwährung lauten Vermögensgegenstände im Gesamtbetrag von 6.795 TEUR und Verbindlichkeiten im Gesamtbetrag von 6.538 TEUR.

RÜCKSTELLUNGEN

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sind gemäß versicherungsmathematischen Grundsätzen nach dem Teilwertverfahren nach § 6a EStG ermittelt. Dabei wurden die Heubeck-Richttafeln 2005 G und ein Rechnungszinsfuß von 4 % zugrunde gelegt. Rückstellungen für die Verpflichtungen aus Altersteilzeitverträgen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen gebildet.

Rückstellungen für latente Steuern waren nicht erforderlich, da sich bei der nach § 274 HGB vorgeschriebenen Saldierung der aktiven und passiven Komponenten ein aktiver Steuerabgrenzungsposten ergeben hat.

Für anstehende Sanierungsmaßnahmen wurden Aufwandsrückstellungen gebildet.

ALS SICHERHEIT ÜBERTRAGENE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind Vermögensgegenstände in Höhe von 79.366 TEUR als Sicherheit übertragen.

Zum Abschlussstichtag waren für Offenmarktgeschäfte mit der Deutschen Bundesbank im Rahmen des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) Wertpapiere zur Sicherung von Verbindlichkeiten mit Buchwerten von 433.822 TEUR verpfändet. Zum Bilanzstichtag 2009 betragen die derart besicherten Verbindlichkeiten 100.000 TEUR.

C. ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZU DEN POSTEN UNTER DEM BILANZSTRICH

Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Die Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen entfallen auf:	31.12.2009	31.12.2008
	TEUR	
- Kreditbürgschaften	6.498	9.586
- sonstige Bürgschaften	45.859	46.800
- Akkreditive	23	4
- Zahlungsgarantien und sonstige Gewährleistungen	31.384	28.759
Insgesamt	83.764	85.149

Die unwiderruflichen Kreditzusagen entfallen auf	31.12.2009	31.12.2008
	TEUR	
- Buchkredite kurzfristig	---	100
- Buchkredite langfristig	109.488	89.283
- Avalkredite	7.827	12.105
Insgesamt	117.315	101.488

D. ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

PROVISIONSERTRÄGE

Die wesentlichen an Dritte erbrachten Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung sind die Vermittlung von Produkten der Verbundpartner (Versicherungen, Bausparverträge, Immobilien, Investmentanteile).

SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten Mieterträge in Höhe von 3.158 TEUR.

SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten Unterhaltungs- und Versicherungsaufwendungen für nicht sparkassenbetrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude in Höhe von 1.124 TEUR sowie Spenden in Höhe von 2.241 TEUR.

STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM ERTRAG

Der ausgewiesene Steueraufwand entfällt ausschließlich auf das Ergebnis aus der normalen Geschäftstätigkeit.

Im Ausweis sind Erträge aus Steuererstattungen für Vorjahre von 2.901 TEUR und aus der Auflösung von Steuerrückstellungen von 864 TEUR sowie Aufwendungen aus Steuernachzahlungen für Vorjahre von 2.192 TEUR verrechnet.

PERIODENFREMDE ERTRÄGE UND AUFWENDUNGEN

Die Zinserträge enthalten Vorfälligkeitsentschädigungen in Höhe von 1.332 TEUR für die vorzeitige Rückzahlung von Kundenkrediten.

Die Zinsaufwendungen enthalten Vorfälligkeitsentschädigungen in Höhe von 3.955 TEUR für den vorzeitigen Rückkauf höherverzinslicher Sparkassenbriefe, die an Kreditinstitute verkauft wurden.

E. SONSTIGE ANGABEN

DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE

Am Bilanzstichtag bestanden die nachfolgend aufgeführten Arten an noch nicht abgewickelten derivativen Finanzinstrumenten, die die Sparkasse zur Absicherung von Zins- bzw. Adressenausfallrisiken abgeschlossen hat.

Geschäftsart	Nominalwerte		beizulegende Zeitwert zum 31.12.2009	
	31.12.2009	31.12.2008	positive	negative
	TEUR			
Zinsrisiken				
Zinsswaps Restlaufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	100.000	---	---	855,5
Zinsrisiken insgesamt	100.000	---	---	855,5
Adressenrisiken				
Credit-Default-Swaps (Sparkassen- Kreditpool Hessen-Thüringen II) Restlaufzeit bis 1 Jahr	12.069	12.483	3,9	22,6
Credit-Default-Swaps (Sparkassen- Kreditbasket III) Restlaufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	5.366	5.794	---	74,1
Credit-Default-Swaps (Sparkassen- Kreditbasket IV) Restlaufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	976	1.000	---	16,3
Credit-Default-Swaps (Sparkassen- Kreditbasket V) Restlaufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	19.822	20.000	---	195,7
Credit-Default-Swaps (Sparkassen- Kreditbasket VI) Restlaufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	5.400	---	6,6	6,2
Adressenrisiken insgesamt	43.633	39.277	10,5	314,9
Insgesamt	143.633	39.277	10,5	1.170,4

Derivative Finanzinstrumente (Swaps, Optionen und Termingeschäfte) werden nach den Grundsätzen des Imparitäts- und des Realisationsprinzips grundsätzlich einzeln bewertet. Der zur Absicherung des Zinsänderungsrisikos abgeschlossene Zinsswap wird nicht gesondert bewertet.

Die von uns sowohl als Sicherungsnehmer als auch als Sicherungsgeber abgeschlossenen Credit-Default-Swaps dienen der Adressenrisikosteuerung insbesondere der Absicherung einzelner Kreditnehmer. Die beizulegenden Zeitwerte der Credit-Default-Swaps haben wir

anhand eines Bewertungsmodells ermittelt, dem als wesentlicher Parameter die Ratings der Unternehmen zu Grunde liegen.

NICHT AUS DER BILANZ ERSICHTLICHE SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Die Sparkasse hat sich an der Kapitalerhöhung der Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG, Bad Homburg v. d. Höhe, beteiligt und in diesem Zusammenhang im Jahr 2006 eine verbindliche Zusage zur Übernahme von 2.621 TEUR Beteiligungskapital gegeben. Davon sind per 31. Dezember 2009 2.435 TEUR eingezahlt.

Auf Grund der Beteiligung an der Castra Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Mainz (Errichtung Verwaltungsgebäude der Finanz Informatik GmbH & Co. KG in Frankfurt am Main), besteht eine finanzielle Verpflichtung in Form einer nicht eingeforderten Hafteinlage in Höhe von 150 TEUR.

Die Sparkasse ist dem bundesweiten **Sicherungssystem der deutschen Sparkassenorganisation** angeschlossen, das elf regionale Sparkassenstützungsfonds durch einen überregionalen Ausgleich miteinander verknüpft. Zwischen diesen und den Sicherungseinrichtungen der Landesbanken und Landesbausparkassen besteht ein Haftungsverbund. Durch diese Verknüpfung steht im Stützungsfall das gesamte Sicherungsvolumen der Sparkassen-Finanzgruppe zur Verfügung. Das Sicherungssystem basiert auf dem Prinzip der Institutssicherung. Durch die Sicherung der Institute selbst sind im gleichen Zuge auch die Einlagen aller Kunden ohne betragsmäßige Begrenzung geschützt. Im Bedarfsfall entscheiden die Gremien der zuständigen Sicherungseinrichtungen darüber, ob und in welchem Umfang Stützungsleistungen zugunsten eines Instituts erbracht und an welche Auflagen diese ggf. geknüpft werden. Zur Fortentwicklung des Sicherungssystems der deutschen Sparkassenorganisation erfolgte zum 1. Januar 2006 die Einführung eines Risikomonitoringsystems zur Früherkennung von Risiken sowie die Umstellung auf eine risikoorientierte Beitragsbemessung bei gleichzeitiger Ausweitung des Volumens der Sicherungsreserve der Sparkassenorganisation (Barmittel und Nachschusspflichten).

Als zusätzliche neben den nationalen Sicherungseinrichtungen existierende Vorsorge entfaltet darüber hinaus der regionale Reservefonds der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen instituts- und gläubigerschützende Wirkung. Der Fonds wird von den Mitglieds-sparkassen des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen (SGVHT) und der Landesbank Hessen-Thüringen sukzessive dotiert, bis 5 Promille der Bemessungsgrundlage (Gesamtrisikoposition, nach der sich das bankaufsichtsrechtlich erforderliche Eigenkapital errechnet) erreicht sind. Die Einzahlungsverpflichtung eines Instituts bemisst sich risikoorientiert unter Berücksichtigung von Bonus- und Malusfaktoren. Bis zur vollständigen

Bareinzahlung des Gesamtvolumens übernimmt der SGVHT die Haftung für die Zahlung des ausstehenden Differenzbetrages, der auf erstes Anfordern bei den Instituten eingezogen werden kann.

Die Sparkasse ist Mitglied bei der für sie zuständigen **Zusatzversorgungskasse (ZVK)** der Gemeinden und Gemeindeverbände in Darmstadt, deren Umlagesatz nach einem Abschnittsdeckungsverfahren berechnet wird. Träger der ZVK ist die Versorgungskasse für die Beamten der Gemeinden und Gemeindeverbände in Darmstadt, die das Kassenvermögen der ZVK als Sondervermögen getrennt vom eigenen Vermögen verwaltet. Anspruchsberechtigt gegen diese Kasse sind grundsätzlich alle aufgrund der Tarifverträge für den öffentlichen Dienst sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Sparkasse sowie diejenigen Mitarbeiter, für die eine Teilnahme an der Zusatzversorgung vereinbart wurde. Die Höhe der Versorgungszusage ist grundsätzlich nach der Dauer der Beschäftigung im öffentlichen Dienst gestaffelt. Es wird eine zusätzliche Berufsunfähigkeits-, Erwerbsunfähigkeits- sowie eine Alters- und Hinterbliebenenversorgung gewährt. Das bisherige Prinzip der Gesamtversorgung ist ab 2002 durch ein Betriebsrentensystem in Form des Punkte-modells ersetzt worden. Der Umlagesatz beträgt derzeit 8,0 % der umlagepflichtigen Beiträge von 28,3 Mio. EUR. Im Umlagesatz ist ein Sanierungsgeld von 2,3 % enthalten, das ab dem Jahre 2005 erhoben wird. Betragliche Angaben zum Umfang der mittelbaren Pensionsverpflichtungen gemäß Art. 28 Abs. 2 EGHGB sind nicht möglich, da die dafür maßgeblichen ZVK-Daten nicht zur Verfügung stehen.

ANGABEN NACH § 285 SATZ 1 NR. 11A HGB

Die Sparkasse ist beschränkt haftende Gesellschafterin der Liparit Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Benary Vermietungs KG, Mainz, und der HELICON Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien KG, Pullach. Die Haftung ist auf die im Handelsregister eingetragene Haftsumme begrenzt. Davon unberührt besteht für die im Zeitpunkt der Eintragung der Umwandlung im Handelsregister bestehenden Verbindlichkeiten der Liparit Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Benary Vermietungs OHG (25. Juli 2006) und der HELICON Verwaltungsgesellschaft mbH Immobilien OHG (11. August 2006) eine Nachhaftung für einen Zeitraum von fünf Jahren.

ANGABEN NACH § 285 SATZ 1 Nr. 9A UND Nr. 9B HGB

Die Gesamtbezüge des Vorstandes beliefen sich im Geschäftsjahr 2009 auf 1.061 TEUR. Die Gesamtbezüge der Verwaltungsratsmitglieder betragen im Geschäftsjahr 2009 76 TEUR. Für frühere Vorstandsmitglieder und ihre Hinterbliebenen ergaben sich im gleichen Zeitraum Gesamtbezüge von 550 TEUR.

Für frühere Vorstandsmitglieder und ihre Hinterbliebenen haben wir insgesamt 5.985 TEUR zurückgestellt; dieser Betrag trägt sämtlichen Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis Rechnung.

KREDITE AN ORGANE

Der Gesamtbetrag der an Vorstandmitglieder gewährten Vorschüsse und Kredite sowie der eingegangenen Haftungsverhältnisse beträgt 342 TEUR. An Mitglieder des Verwaltungsrats wurden Vorschüsse und Kredite von 1.729 TEUR gewährt.

ANGABE DES ABSCHLUSSPRÜFERHONORARS NACH § 285 SATZ 1 NR. 17 HGB

In der Gewinn- und Verlustrechnung sind folgende Honorare für unseren Abschlussprüfer, die Prüfungsstelle des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen, enthalten:

	TEUR
Honorar für Abschlussprüfungsleistungen	117
Honorar für andere Bestätigungsleistungen	20
Insgesamt	137

MITARBEITER/-INNEN

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	2009	2008
Vollzeitkräfte	467	463
Teilzeit- und Ultimokräfte	312	307
	779	770
Auszubildende	50	47
Insgesamt	829	817

Die Mitarbeiterin Frau Dagmar Metzger ist Mitglied im Aufsichtsrat der HEAG Holding AG - Beteiligungsmanagement der Wissenschaftsstadt Darmstadt (HEAG), Darmstadt.

VERWALTUNGSRAT UND VORSTAND

Verwaltungsrat

Vorsitzender

Herr Alfred Jakoubek, Landrat des Landkreises Darmstadt-Dieburg (bis 30.06.2009)

Herr Walter Hoffmann, Oberbürgermeister der Stadt Darmstadt (ab 01.07.2009)

Stellvertretender Vorsitzender

Herr Walter Hoffmann, Oberbürgermeister der Stadt Darmstadt (bis 30.06.2009)

Herr Alfred Jakoubek, Landrat des Landkreises Darmstadt-Dieburg
(ab 01.07.2009 bis 30.09.2009)

Herr Klaus Peter Schellhaas, Landrat des Landkreises Darmstadt-Dieburg (ab 01.10.2009)

Mitglieder

Herr Hanno Benz, Pressesprecher, Versatel Süd-Deutschland GmbH

Herr Wolfgang Glenz, Bürgermeister der Stadt Darmstadt

Herr Reinhold Hafermehl, Bankkaufmann, Sparkassenangestellter, Geschäftsstellenleiter

Herr Bernd Hartmann, Bürgermeister a. D. der Stadt Ober-Ramstadt

Herr Thomas Heldmann, kaufmännischer Angestellter, Deutsche Telekom AG

Herr Hans-Dieter Karl, Bürgermeister der Gemeinde Erzhausen

Frau Petra Klink, Bankkauffrau, Sparkassenangestellte im Personalwesen

Herr Günter Martini, Bürgermeister der Gemeinde Bickenbach

Frau Birgitta Pietz, Rechtsanwältin in der Sozietät v. KEUSSLER, Darmstadt

Herr Rafael Reißer, Mitglied des Hessischen Landtags

Herr Friedel Röder, Bankkaufmann, Sparkassenangestellter, Personalratsvorsitzender

Frau Melanie Steckenreuter, Bankkauffrau, Sparkassenangestellte im Wertpapierhandel

Frau Renate Wudy, Bankkauffrau, Sparkassenangestellte im Bereich Marktfolge Kredit

Vorstand

Vorsitzender

Herr Sparkassendirektor Georg Sellner

Stellvertretender Vorsitzender

Herr Sparkassendirektor Roman Scheidel

Mitglieder

Herr Sparkassendirektor Hans-Werner Erb

Herr Sparkassendirektor Georg Sellner ist Mitglied im Aufsichtsrat der SV Sparkassen-Versicherung Lebensversicherung AG, Stuttgart, der Deutscher Sparkassen Verlag GmbH, Stuttgart, der Feuersozietaet Berlin Brandenburg Versicherung AG, Berlin, und stellvertretendes Mitglied im Aufsichtsrat der SIZ Informationszentrum der Sparkassenorganisation GmbH, Bonn, sowie Mitglied der Trägerversammlung der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main und Erfurt, und Mitglied der Gesellschafterversammlung der Finanz Informatik GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main. Herr Sparkassendirektor Roman Scheidel ist Mitglied im Aufsichtsrat der PROFI Engineering Systems AG, Darmstadt. Herr Sparkassendirektor Hans-Werner Erb ist Mitglied im Aufsichtsrat der HEAG Holding AG - Beteiligungsmanagement der Wissenschaftsstadt Darmstadt (HEAG), Darmstadt.

Darmstadt, den 23. April 2010

Der Vorstand

Sellner

Scheidel

Erb

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Stadt- und Kreis-Sparkasse Darmstadt für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstandes der Stadt- und Kreis-Sparkasse Darmstadt. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Stadt- und Kreis-Sparkasse Darmstadt sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstandes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt- und Kreis-Sparkasse Darmstadt. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Stadt- und Kreis-Sparkasse Darmstadt und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 10. Mai 2010

Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen
- Prüfungsstelle -

Biba
Wirtschaftsprüfer

Der Verwaltungsrat hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009 der
Stadt- und Kreis-Sparkasse Darmstadt
am 01. Juli 2010
festgestellt.

Darmstadt, den 01. Juli 2010

Der Vorstand

Sellner

Scheidel

Erb

	EUR	EUR	EUR	31.12.2009 TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		22.815.025,53		22.108
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		49.825.776,93		49.488
			72.640.802,46	71.597
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		0,00		0
b) Wechsel		0,00		0
			0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		184.565.171,07		16.460
b) andere Forderungen		231.320.542,43		107.326
			415.885.713,50	123.786
4. Forderungen an Kunden			2.060.526.693,66	1.999.336
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	1.139.493.630,10 EUR			(1.107.464)
Kommunalkredite	141.908.657,04 EUR			(129.134)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten	0,00			0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00 EUR			(0)
ab) von anderen Emittenten	0,00			0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00 EUR			(0)
		0,00		0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten	10.472.602,61			19.252
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	10.472.602,61 EUR			(19.252)
bb) von anderen Emittenten	975.769.607,56			1.321.626
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	935.393.536,74 EUR			(1.293.299)
		986.242.210,17		1.340.878
c) eigene Schuldverschreibungen		1.696.215,44		2.743
Nennbetrag	1.717.000,00 EUR			(2.760)
			987.938.425,61	1.343.621
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			85.108.186,18	85.903
6a. Handelsbestand			0,00	-
7. Beteiligungen			47.998.265,04	48.602
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00 EUR			(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	2.435.250,00 EUR			(2.435)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			204.516,75	205
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00 EUR			(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00 EUR			(0)
9. Treuhandvermögen			55.521,44	64
darunter:				
Treuhandkredite	55.521,44 EUR			(64)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		0,00		-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		148.940,00		-
c) Geschäfts- oder Firmenwert		0,00		-
d) geleistete Anzahlungen		0,00		-
			148.940,00	143
12. Sachanlagen			59.940.452,32	64.107
13. Sonstige Vermögensgegenstände			9.788.590,30	10.984
14. Rechnungsabgrenzungsposten			1.788.042,53	2.224
Summe der Aktiva			3.742.024.149,79	3.750.570

	EUR	EUR	EUR	Passivseite 31.12.2009 TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		150.022.586,62		53.043
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		279.781.872,56		533.971
			429.804.459,18	587.014
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	740.943.633,74			599.415
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	41.860.923,93			142.687
		782.804.557,67		742.101
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	1.274.895.143,59			1.176.909
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	758.585.248,60			699.857
		2.033.480.392,19		1.876.767
			2.816.284.949,86	2.618.868
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		152.733.074,58		216.124
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		0,00		0
darunter:				
Geldmarktpapiere	0,00 EUR			(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	0,00 EUR			(0)
			152.733.074,58	216.124
3a. Handelsbestand			0,00	-
4. Treuhandverbindlichkeiten			55.521,44	64
darunter:				
Treuhandkredite	55.521,44 EUR			(64)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			6.780.050,22	7.251
6. Rechnungsabgrenzungsposten			2.908.336,99	3.332
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		8.302.491,00		8.761
b) Steuerrückstellungen		3.552.306,28		3.129
c) andere Rückstellungen		16.674.543,77		17.776
			28.529.341,05	29.666
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			0,00	0
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			0,00	0
10. Genussrechtskapital			0,00	0
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00 EUR			(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			5.076.815,43	0
Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	76.815,43 EUR			(-)
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		0,00		0
b) Kapitalrücklage		0,00		0
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	284.851.529,79			274.252
cb) andere Rücklagen	0,00			0
		284.851.529,79		274.252
d) Bilanzgewinn		15.000.071,25		14.000
			299.851.601,04	288.252
Summe der Passiva			3.742.024.149,79	3.750.570
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		74.659.290,03		83.764
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		0,00		0
			74.659.290,03	83.764
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00		0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		0,00		0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		166.453.446,68		117.315
			166.453.446,68	117.315

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010	EUR	EUR	EUR	1.1.-31.12.2009 TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	103.828.627,83			112.920
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	42.000.615,33			48.608
		145.829.243,16		161.529
2. Zinsaufwendungen		65.675.126,30		81.924
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen	52.111,54 EUR		80.154.116,86	(-) 79.604
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		2.960.774,76		3.089
b) Beteiligungen		1.214.962,82		1.400
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		0,00		0
			4.175.737,58	4.489
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnab- führungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			979,11	3
5. Provisionserträge		23.933.959,99		23.698
6. Provisionsaufwendungen		2.226.492,02		2.097
			21.707.467,97	21.601
7. Nettoertrag des Handelsbestands			0,00	191
darunter: Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	76.815,43 EUR			(-)
8. sonstige betriebliche Erträge			7.724.615,91	7.732
darunter:				
aus der Fremdwährungsumrechnung	94.169,18 EUR			(0)
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			0,00	0
			113.762.917,43	113.619
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	30.976.386,77			30.919
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	7.911.633,77			9.257
darunter: für Altersversorgung	2.224.301,32 EUR			(3.649)
		38.888.020,54		40.176
b) andere Verwaltungsaufwendungen		17.016.832,90		17.896
			55.904.853,44	58.072
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			3.997.089,55	4.428
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			4.762.616,49	4.374
darunter:				
aus der Fremdwährungsumrechnung	1.752,60 EUR			(0)
aus der Aufzinsung von Rückstellungen	709.153,41 EUR			(-)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		14.035.742,10		20.181
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		0,00		0
			14.035.742,10	20.181
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		371.583,92		1.200
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		0,00		0
			371.583,92	1.200
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			0,00	0
18. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken			5.000.000,00	-
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			29.691.031,93	25.364
20. Außerordentliche Erträge			0,00	0
21. Außerordentliche Aufwendungen			665.977,00	0
darunter: Übergangseffekte aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes	665.977,00 EUR			(-)
22. Außerordentliches Ergebnis			665.977,00	0
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		13.868.039,21		11.188
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		156.944,47		176
			14.024.983,68	11.364
25. Jahresüberschuss			15.000.071,25	14.000
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			0,00	0
			15.000.071,25	14.000
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage		0,00		0
b) aus anderen Rücklagen		0,00		0
			0,00	0
			15.000.071,25	14.000
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage		0,00		0
b) in andere Rücklagen		0,00		0
			0,00	0
29. Bilanzgewinn			15.000.071,25	14.000

ANHANG

der

**Stadt- und Kreis-Sparkasse
Darmstadt**

A. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Der Jahresabschluss der Stadt- und Kreis- Sparkasse Darmstadt zum 31. Dezember 2010 wurde nach den geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Die in der Bilanz, in der Gewinn- und Verlustrechnung sowie im Anhang angegebenen Vorjahresdaten wurden gemäß Art. 67 Abs. 8 Satz 2 EGHGB nicht an die durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) geänderten Ausweis- und Bewertungsvorschriften angepasst.

Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden sind grundsätzlich zum Nennwert oder zu den Anschaffungskosten ausgewiesen, wobei ein eventueller Unterschiedsbetrag zwischen Nennwert und Auszahlungsbetrag als Rechnungsabgrenzungsposten bilanziert und zeitan- teilig aufgelöst wird. Erforderliche Wertberichtigungen werden vom Forderungsbestand abgesetzt. Die Vorsorge für Risiken im Kreditgeschäft umfasst Wertberichtigungen und Rückstellungen für alle akuten und latenten Ausfallrisiken. Erwartete Verwertungserlöse bei Abwicklungsengagements werden abgezinst. Dem latenten Kreditrisiko wird in Form von Pauschalwertberichtigungen, die entsprechend den Vorgaben der Finanzverwaltung ermittelt werden, Rechnung getragen. Für die bei Kreditinstituten vorhandenen besonde- ren Risiken bestehen zudem versteuerte Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB, Reserven nach § 26a KWG a. F. und der Fonds für allgemeine Bankrisiken i. S. v. § 340g HGB. Das Wahlrecht gemäß § 340f Abs. 3 HGB wurde in Anspruch genommen.

Den **Wertpapierbestand** unterteilen wir gemäß den handelsrechtlichen Bestimmungen nach der jeweiligen Zweckbestimmung in Liquiditätsreserve und Handelsbestand. Dem Anlagebestand haben wir im Geschäftsjahr keine Wertpapiere zugeordnet.

Die **Wertpapiere der Liquiditätsreserve** werden grundsätzlich zu den Anschaffungskosten beziehungsweise niedrigeren Kurswerten oder den niedrigeren beizulegenden Werten bi- lanziert (strenges Niederstwertprinzip).

Wertpapiere des Handelsbestands wurden zum Bilanzstichtag keine ausgewiesen. Die institutsinternen Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbe- stand haben wir im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht geändert.

Aus dem **Nettoergebnis des Handelsbestands** haben wir gemäß § 340e Abs. 4 HGB eine Dotierung des Sonderpostens für allgemeine Bankrisiken (§ 340g HGB) in Höhe von 100 % des Nettoergebnisses des Handelsbestands vorgenommen.

Für die **Ermittlung des beizulegenden Wertes** haben wir die Wertpapiere daraufhin untersucht, ob zum Bilanzstichtag ein **aktiver Markt** vorliegt. Dabei haben wir auch die Marktverhältnisse in zeitlicher Nähe zum Bilanzstichtag in unsere Beurteilung einbezogen. Da nach unserer Einschätzung für die von uns gehaltenen Wertpapiere aktive Märkte vorliegen, haben wir Börsenpreise oder sonstige Marktpreise zur Bewertung herangezogen. Die angesetzten Kurse haben wir zusätzlich jeweils anhand einer zweiten Kursquelle plausibilisiert.

Die zur Steuerung der allgemeinen Zinsänderungsrisiken sowie zum Zweck der Aktiv-Passivsteuerung abgeschlossenen Zinsswapgeschäfte wurden in die Gesamtbetrachtung des Zinsänderungsrisikos einbezogen (Zinsbuchsteuerung) und werden nicht gesondert bewertet.

Die **Beteiligungen** und die **Anteile an verbundenen Unternehmen** sind mit den Anschaffungskosten beziehungsweise den fortgeführten Buchwerten bilanziert; bei Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Die entgeltlich erworbenen **immateriellen Anlagewerte** und die **Sachanlagen** bewerten wir zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Geringwertige Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten 150 EUR nicht übersteigen, werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben. Bei Anschaffungskosten zwischen 150 EUR und 1.000 EUR werden die geringwertigen Wirtschaftsgüter in einen Sammelposten aufgenommen, der ab dem Jahr der Anschaffung jährlich in Höhe eines Fünftels abgeschrieben wird.

Soweit die Gründe für vorgenommene außerplanmäßige Abschreibungen beziehungsweise für Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert nicht mehr bestehen, werden **Zuschreibungen nach § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB** vorgenommen.

Steuerliche Sonderabschreibungen früherer Jahre, die gemäß Artikel 67 Abs. 4 Satz 1 EGHGB fortgeführt wurden, beeinflussen das Ergebnis nur in unbedeutendem Umfang.

Aus der Fortführung des Ansatzes steuerlicher Werte aus früheren Geschäftsjahren sind zukünftige Belastungen in Form von Steuerzahlungen zu erwarten. Die Belastungen verteilen sich über eine Reihe von Jahren und beeinflussen die künftigen Jahresergebnisse nur unwesentlich.

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag beziehungsweise Nominalbetrag passiviert. Der Unterschied zwischen Nennbetrag und Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten

wird in den Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst. Zero-Bonds und ähnliche Verbindlichkeiten werden mit ihrem Barwert angesetzt.

Bei der Bemessung der **Rückstellungen** haben wir alle ungewissen Verbindlichkeiten und drohenden Verluste angemessen und ausreichend berücksichtigt.

Die **Währungsumrechnung** erfolgt nach § 256a HGB bzw. § 340h HGB. Eine besondere Deckung gemäß § 340h HGB sehen wir als gegeben an, soweit eine Identität von Währung und Betrag der gegenläufigen Geschäfte vorliegt. Die Umrechnungsergebnisse aus Geschäften, die in die besondere Deckung einbezogen sind, werden saldiert in den Sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. Sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen. Bilanzposten und Posten der Gewinn- und Verlustrechnung, die auf ausländische Währung lauten, sowie schwebende Fremdwährungskassageschäfte werden zum EZB-Referenzkurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Schwebende Devisentermingeschäfte werden mit den entsprechenden Terminkursen umgerechnet.

B. ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

FRISTENGLIEDERUNG

	Restlaufzeit				Forderungen mit unbestimmter Laufzeit	Beträge, die in dem Jahr, das auf den Bilanzstichtag folgt, fällig werden
	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre		
	TEUR					
Aktivposten						
3. Forderungen an Kreditinstitute						
b) andere Forderungen (ohne Bausparguthaben)	149.360	50.000	30.000	-----	-----	-----
4. Forderungen an Kunden	95.908	137.815	474.892	1.307.308	44.604	-----
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	-----	-----	-----	-----	-----	411.238
Passivposten						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	22.557	14.062	176.580	66.583	-----	-----
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden						
a) Spareinlagen						
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	8.451	28.903	4.507	-----	-----	-----
b) andere Verbindlichkeiten						
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	298.393	128.831	285.149	46.212	-----	-----
3. Verbriefte Verbindlichkeiten						
a) begebene Schuldverschreibungen	-----	-----	-----	-----	-----	59.414
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten	-----	-----	-----	-----	-----	-----

**BEZIEHUNGEN ZU VERBUNDENEN UNTERNEHMEN SOWIE UNTERNEHMEN,
MIT DENEN EIN BETEILIGUNGSVERHÄLTNIS BESTEHT**

In den folgenden Posten sind Forderungen an bzw. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sowie Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten:

Bilanzposten	Forderungen an bzw. Verbindlichkeiten gegenüber			
	verbundene Unternehmen		Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009
TEUR				
Aktivposten				
Forderungen an Kunden	-----	-----	41.907	46.567
Passivposten				
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	205	205	45.229	32.679

**FORDERUNGEN AN DIE BZW. VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER DER EIGENE(N)
GIROZENTRALE**

Forderungen an die bzw. Verbindlichkeiten gegenüber der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main und Erfurt, sind in den folgenden Bilanzpositionen enthalten.

	31.12.2010	31.12.2009
	TEUR	
Forderungen an Kreditinstitute	237.064	20.333
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	428.734	413.432

BÖRSENFÄHIGE WERTPAPIERE

	insgesamt	davon		darunter wie Anlagevermögen bewertet
		börsennotiert	nicht börsennotiert	
	TEUR			
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	987.938	930.575	57.363	-----
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	85.108	7.400	77.708	-----

ANTEILSBESITZ

Die Sparkasse verfügt bei der Beteiligung an der HEAG Holding AG - Beteiligungsmanagement der Wissenschaftsstadt Darmstadt (HEAG), Darmstadt, in Höhe von nominal 2.433 TEUR über einen Stimmrechtsanteil von 5,01 %.

Nach dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010 beträgt bei dem Tochterunternehmen der Sparkasse Darmstadt, der Stadtgrund Immobilien GmbH, Darmstadt, die Bilanzsumme 205 TEUR und der an die Sparkasse abgeführte Gewinn 1 TEUR. Der Anteil der Sparkasse Darmstadt am Eigenkapital der Gesellschaft in Höhe von 205 TEUR beträgt 100 %. Eine Einbeziehung des Tochterunternehmens in einen Konzernabschluss hätte einen unwesentlichen Einfluss auf die Bilanzsumme, das Eigenkapital und den Jahresüberschuss. Im Hinblick auf das durch den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010 der Sparkasse vermittelte, den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ist das verbundene Unternehmen insgesamt von untergeordneter Bedeutung, so dass gemäß § 296 HGB die Aufstellung eines **Konzernabschlusses** unterbleiben konnte.

TREUHANDGESCHÄFTE

Das Treuhandvermögen betrifft in voller Höhe Forderungen an Kunden. Die Treuhandverbindlichkeiten entfallen in voller Höhe auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

ENTWICKLUNG DES ANLAGEVERMÖGENS

a) Finanzanlagen

	Anschaffungskosten 1.1.2010	Veränderungen des Geschäftsjahres	Buchwert	
			31.12.2010	31.12.2009
TEUR				
Anteile an verbundenen Unternehmen	205	-----	205	205
Beteiligungen	49.802	-604	47.998	48.602

Es wurde von der Zusammenfassungsmöglichkeit des § 34 Abs. 3 RechKredV Gebrauch gemacht.

b) Sachanlagevermögen, immaterielle Anlagen und sonstige Vermögensgegenstände

	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Anlagen im Bau	Immaterielle Anlagewerte	Sonstige Vermögensgegenstände
	TEUR				
Anschaffungskosten am 1.1.2010	129.294	21.675	----	1.064	5.123
Anpassungen nach dem BilMoG	----	----	----	----	----
- erfolgswirksam					
- erfolgsneutral					
Zugänge	114	784	----	112	----
Abgänge	1.824	290	----	8	----
Umbuchungen	----	----	----	----	----
Zuschreibungen	----	----	----	----	----
aufgelaufene Abschreibungen	71.126	18.686	----	1.019	----
Abschreibungen des Geschäftsjahrs	2.892	998	----	107	----
Buchwert am 31.12.2010	56.458	3.483	----	149	5.123
Buchwert am 31.12.2009	60.406	3.700	----	143	5.123

Die Grundstücke und Bauten entfallen mit 47.550 TEUR auf von der Sparkasse im Rahmen ihrer eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke.

ANGABEN ZU ANTEILEN AN INVESTMENTVERMÖGEN

Zu Investmentvermögen i. S. v. § 1 Investmentgesetz, an denen die Sparkasse am 31. Dezember 2010 mehr als 10 % der Anteile hält, machen wir gemäß § 285 Nr. 26 HGB die folgenden Angaben:

Bezeichnung des Investmentvermögens	Marktwert	Differenz zum Buchwert	Ausschüttungen im Geschäftsjahr
			TEUR
Mischfonds HI-Darmstadt-Fonds	79.973	3.279	2.961

Das dargestellte Investmentvermögen (Spezialfonds) unterliegt zum Bilanzstichtag keiner Beschränkung in der Möglichkeit der täglichen Rückgabe.

RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:

	31.12.2010	31.12.2009
	TEUR	
Aktivseite		
Disagio aus Verbindlichkeiten	1.644	2.028
Passivseite		
Disagio aus Forderungen	2.027	2.765

NACHRANGIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Nachrangige Vermögensgegenstände sind in folgenden Aktivposten enthalten:

	31.12.2010	31.12.2009
	TEUR	
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	7.400	6.500
Sonstige Vermögensgegenstände	5.113	5.113

VERMÖGENSGEGENSTÄNDE UND VERBINDLICHKEITEN IN FREMDWÄHRUNG

Auf Fremdwährung lauten Vermögensgegenstände im Gesamtbetrag von 13.154 TEUR und Verbindlichkeiten im Gesamtbetrag von 12.925 TEUR.

RÜCKSTELLUNGEN

Rückstellungen für Pensionen sind gemäß versicherungsmathematischen Grundsätzen nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren ermittelt. Dabei wurden die Heubeck-Richttafeln 2005G und ein durchschnittlicher Marktzinssatz von 5,16 % bei einer pauschal angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren zugrunde gelegt. Hierbei haben wir die von der Deutschen Bundesbank gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung ermittelten Zinssätze verwendet. Erwartete Lohn- und Gehaltssteigerungen wurden mit 2,00 % berücksichtigt, erwartete Rentensteigerungen mit 1,00 %.

Zum Bilanzstichtag haben wir erstmals das Anwartschaftsbarwertverfahren zur Ermittlung der Höhe der Pensions- und der Jubiläumsrückstellungen angewendet; im Vorjahr wurde dagegen das Teilwertverfahren verwendet. Die Änderung der Bewertungsmethode hat eine Reduzierung der Pensionsrückstellungen in Höhe von 236 TEUR und der Jubiläumsrückstellungen in Höhe von 508 TEUR bewirkt.

ALS SICHERHEIT ÜBERTRAGENE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind Vermögensgegenstände in Höhe von 94.009 TEUR als Sicherheit übertragen.

Zum Abschlussstichtag waren für Offenmarktgeschäfte mit der Deutschen Bundesbank im Rahmen des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) Wertpapiere zur Sicherung von Verbindlichkeiten mit Buchwerten von 285.236 TEUR verpfändet. Zum Bilanzstichtag 2010 bestanden keine entsprechenden Verbindlichkeiten.

C. ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZU DEN POSTEN UNTER DEM BILANZSTRICH

EVENTUALVERBINDLICHKEITEN UND ANDERE VERPFLICHTUNGEN

In den Posten „Eventualverbindlichkeiten“ und „Andere Verpflichtungen“ sind keine Einzelbeträge enthalten, die in Bezug auf die Gesamttätigkeit der Sparkasse von wesentlicher Bedeutung sind.

D. ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

PROVISIONSERTRÄGE

Die wesentlichen an Dritte erbrachten Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung sind die Vermittlung von Produkten der Verbundpartner (Versicherungen, Bausparverträge, Immobilien, Investmentanteile).

SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten Mieterträge in Höhe von 3.040 TEUR.

SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten Unterhaltungs- und Versicherungsaufwendungen für nicht sparkassenbetrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude in Höhe von 951 TEUR sowie Spenden in Höhe von 2.243 TEUR.

AUßERORDENTLICHE AUFWENDUNGEN

Die außerordentlichen Aufwendungen entfallen auf Effekte aus der erstmaligen Anwendung des BilMoG.

STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM ERTRAG

Der ausgewiesene Steueraufwand entfällt ausschließlich auf das Ergebnis aus der normalen Geschäftstätigkeit.

PERIODENFREMDE ERTRÄGE UND AUFWENDUNGEN

Die Zinserträge enthalten Vorfälligkeitsentschädigungen in Höhe von 1.653 TEUR für die vorzeitige Rückzahlung von Kundenkrediten.

Die Zinsaufwendungen enthalten Vorfälligkeitsentschädigungen in Höhe von 6.761 TEUR für den vorzeitigen Rückkauf höherverzinslicher Sparkassenbriefe, die an Kreditinstitute verkauft wurden.

E. SONSTIGE ANGABEN

DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE

Am Bilanzstichtag bestanden die nachfolgend aufgeführten Arten an noch nicht abgewickelten derivativen Finanzinstrumenten, die die Sparkasse zur Absicherung von Wechselkursrisiken und Zins- bzw. Adressenausfallrisiken abgeschlossen hat. Die Geschäfte dienen der Absicherung bilanzwirksamer und bilanzunwirksamer Positionen im Rahmen der zentralen Aktiv- und Passivsteuerung.

Geschäftsart	Nominalwerte		beizulegende Zeitwert zum 31.12.2010	
	31.12.2010	31.12.2009	positive	negative
	TEUR			
Zinsrisiken				
Zinsswaps Restlaufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	100.000	100.000	---	2.967,2
Zinsswaps Restlaufzeit über 5 Jahre	50.000	---	---	697,4
Zinsrisiken insgesamt	150.000	100.000	---	3.664,6
Adressenrisiken				
Credit-Default-Swaps (Sparkassen- Kreditpool Hessen-Thüringen II) Enddatum 01.05.2010	---	12.069	---	---
Credit-Default-Swaps (Sparkassen- Kreditbasket III) Restlaufzeit bis 1 Jahr	5.151	5.366	---	56,8
Credit-Default-Swaps (Sparkassen- Kreditbasket IV) Restlaufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	966	976	---	8,1
Credit-Default-Swaps (Sparkassen- Kreditbasket V) Restlaufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	19.804	19.822	---	161,0
Credit-Default-Swaps (Sparkassen- Kreditbasket VI) Restlaufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	5.373	5.400	---	23,3
Credit-Default-Swaps (Sparkassen- Kreditbasket VII) Restlaufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	24.000	---	15,5	9,9
Adressenrisiken insgesamt	55.294	43.633	15,5	259,1
Währungsrisiken				
Devisentermingeschäfte Restlaufzeit bis 1 Jahr	3.324	---	32,2	41,4
Währungsrisiken insgesamt	3.324	---	32,2	41,4
Insgesamt	208.618	143.633	47,7	3.965,1

Bei der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte der derivativen Finanzinstrumente hat sich die Sparkasse auf Marktwerte gestützt. Die beizulegenden Zeitwerte der Credit-Default-Swaps haben wir anhand eines Bewertungsmodells ermittelt, dem als wesentlicher Parameter die Ratings der Unternehmen zu Grunde liegen.

Zur Steuerung des Zinsbuchs haben wir Zinsswaps mit einem Nominalvolumen von 150 Mio. EUR abgeschlossen. Diese Zinsswaps werden gemäß einer für Kreditinstitute bestehenden Bewertungskonvention nicht gesondert bewertet.

Die von uns sowohl als Sicherungsnehmer als auch als Sicherungsgeber abgeschlossenen Credit-Default-Swaps dienen der Adressenrisikosteuerung insbesondere der Absicherung einzelner Kreditnehmer.

NICHT AUS DER BILANZ ERSICHTLICHE SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Die Sparkasse hat sich an der Kapitalerhöhung der Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG, Bad Homburg v. d. Höhe, beteiligt und in diesem Zusammenhang im Jahr 2006 eine verbindliche Zusage zur Übernahme von 2.621 TEUR Beteiligungskapital gegeben. Davon sind per 31. Dezember 2010 2.435 TEUR eingezahlt.

Auf Grund der Beteiligung an der Castra Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG, Mainz (Errichtung Verwaltungsgebäude der Finanz Informatik GmbH & Co. KG in Frankfurt am Main), besteht eine finanzielle Verpflichtung in Form einer nicht eingeforderten Hafteinlage in Höhe von 150 TEUR.

Die Sparkasse ist dem bundesweiten **Sicherungssystem der deutschen Sparkassenorganisation** angeschlossen, das elf regionale Sparkassenstützungsfonds durch einen überregionalen Ausgleich miteinander verknüpft. Zwischen diesen und den Sicherungseinrichtungen der Landesbanken und Landesbausparkassen besteht ein Haftungsverbund. Durch diese Verknüpfung steht im Stützungsfall das gesamte Sicherungsvolumen der Sparkassen-Finanzgruppe zur Verfügung. Das Sicherungssystem basiert auf dem Prinzip der Institutssicherung. Durch die Sicherung der Institute selbst sind im gleichen Zuge auch die Einlagen aller Kunden ohne betragsmäßige Begrenzung geschützt. Im Bedarfsfall entscheiden die Gremien der zuständigen Sicherungseinrichtungen darüber, ob und in welchem Umfang Stützungsleistungen zugunsten eines Instituts erbracht und an welche Auflagen diese ggf. geknüpft werden. Zur Fortentwicklung des Sicherungssystems der deutschen Sparkassenorganisation erfolgte zum 1. Januar 2006 die Einführung eines Risikomonitoringsystems zur Früherkennung von Risiken sowie die Umstellung auf eine risikoorientierte Beitragsbemessung bei gleichzeitiger Ausweitung des Volumens der Sicherungsreserve der Sparkassenorganisation (Barmittel und Nachschusspflichten).

Als zusätzliche neben den nationalen Sicherungseinrichtungen existierende Vorsorge entfaltet darüber hinaus der regionale Reservefonds der Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen instituts- und gläubigerschützende Wirkung. Der Fonds wird von den Mitglieds-sparkassen des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen (SGVHT) und der Landesbank Hessen-Thüringen sukzessive dotiert, bis 5 Promille der Bemessungsgrundlage (Gesamtrisikoposition, nach der sich das bankaufsichtsrechtlich erforderliche Eigenkapital errechnet) erreicht sind. Die Einzahlungsverpflichtung eines Instituts bemisst sich risikoorientiert unter Berücksichtigung von Bonus- und Malusfaktoren. Bis zur vollständigen Bareinzahlung des Gesamtvolumens übernimmt der SGVHT die Haftung für die Zahlung des ausstehenden Differenzbetrages, der auf erstes Anfordern bei den Instituten eingezogen werden kann.

Die Sparkasse ist Mitglied bei der für sie zuständigen **Zusatzversorgungskasse (ZVK)** der Gemeinden und Gemeindeverbände in Darmstadt, deren Umlagesatz nach einem Abschnittsdeckungsverfahren berechnet wird. Träger der ZVK ist die Versorgungskasse für die Beamten der Gemeinden und Gemeindeverbände in Darmstadt, die das Kassenvermögen der ZVK als Sondervermögen getrennt vom eigenen Vermögen verwaltet. Anspruchsberechtigt gegen diese Kasse sind grundsätzlich alle aufgrund der Tarifverträge für den öffentlichen Dienst sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Sparkasse sowie diejenigen Mitarbeiter, für die eine Teilnahme an der Zusatzversorgung vereinbart wurde. Die Höhe der Versorgungszusage ist grundsätzlich nach der Dauer der Beschäftigung im öffentlichen Dienst gestaffelt. Es wird eine zusätzliche Berufsunfähigkeits-, Erwerbsunfähigkeits- sowie eine Alters- und Hinterbliebenenversorgung gewährt. Das bisherige Prinzip der Gesamtversorgung ist ab 2002 durch ein Betriebsrentensystem in Form des Punkte-modells ersetzt worden. Der Umlagesatz beträgt derzeit 8,0 % der umlagepflichtigen Beiträge von 28,2 Mio. EUR. Im Umlagesatz ist ein Sanierungsgeld von 2,3 % enthalten, das ab dem Jahre 2005 erhoben wird. Betragliche Angaben zum Umfang der mittelbaren Pensionsverpflichtungen gemäß Art. 28 Abs. 2 EGHGB sind nicht möglich, da die dafür maßgeblichen ZVK-Daten nicht zur Verfügung stehen.

ANGABEN NACH § 285 SATZ 1 NR. 11A HGB

Die Sparkasse ist beschränkt haftende Gesellschafterin der Liparit Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Benary Vermietungs KG, Mainz, und der HELICON Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien KG, Pullach. Die Haftung ist auf die im Handelsregister eingetragene Haftsumme begrenzt. Davon unberührt besteht für die im Zeitpunkt der Eintragung der Umwandlung im Handelsregister bestehenden Verbindlichkeiten der Liparit Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Benary Vermietungs OHG (25. Juli 2006) und der HELICON Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien OHG (11. August 2006) eine Nachhaftung für einen Zeitraum von fünf Jahren.

Bezüge der Organmitglieder

Die Bezüge des Vorstands stellen sich für das Jahr 2010 wie folgt dar:

	erfolgsunabhängige Komponenten	erfolgsbezogene Komponenten	Gesamtbezüge
	in TEUR		
Herr Georg Sellner	373	66	439
Herr Roman Scheidel	304	55	359
Herr Hans-Werner Erb	232	41	273
Gesamtbezüge des Vorstands			1.071

Die Vorstandsmitglieder haben gegenüber der Sparkasse Anspruch auf ein Ruhegehalt. Die Bemessungsgrundlage für das Ruhegehalt ergibt sich aus den aufgrund § 20 Abs. 5 Satz 2 Hessisches Sparkassengesetz erlassenen Anstellungsrichtlinien des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen (SGVHT). Die Höhe des Ruhegehaltsanspruches bestimmt sich auf dieser Grundlage nach einem in Abhängigkeit von der Zahl der zurückgelegten Dienstjahre jährlich ansteigenden Prozentsatz.

Renten werden in vollem Umfang auf das Ruhegehalt angerechnet. Versorgungsleistungen aus einer anderweitigen Beschäftigung werden ebenfalls auf das Ruhegehalt angerechnet.

Die Gesamtbezüge der Verwaltungsratsmitglieder betragen im Geschäftsjahr 2010 72 TEUR.

Für frühere Vorstandsmitglieder und ihre Hinterbliebenen ergaben sich im gleichen Zeitraum Gesamtbezüge von 540 TEUR. Für diesen Personenkreis haben wir insgesamt 5.376 TEUR zurückgestellt; dieser Betrag trägt sämtlichen Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis Rechnung.

KREDITE AN ORGANE

Der Gesamtbetrag der an Vorstandmitglieder gewährten Kredite beträgt 101 TEUR. An Mitglieder des Verwaltungsrats wurden Kredite von 1.833 TEUR gewährt.

ANGABE DES ABSCHLUSSPRÜFERHONORARS NACH § 285 SATZ 1 NR. 17 HGB

In der Gewinn- und Verlustrechnung sind folgende Honorare für unseren Abschlussprüfer, die Prüfungsstelle des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen, enthalten:

	TEUR
Honorar für Abschlussprüfungsleistungen	125
Honorar für andere Bestätigungsleistungen	34
Insgesamt	159

ANGABEN ZU LATENTEN STEUERN NACH § 285 SATZ 1 NR. 29 HGB

Aufgrund abweichender Ansatz- und Bewertungsvorschriften zwischen der Handelsbilanz und den steuerrechtlichen Wertansätzen bestehen zum Bilanzstichtag Steuerlatenzen. Der Gesamtbetrag der künftigen Steuerbelastungen beruht auf Bewertungsunterschieden bei den Rückstellungen, den Beteiligungen, den Forderungen an Kunden sowie der Position Sonstige Vermögensgegenstände. Er ist von untergeordneter Bedeutung und wird durch absehbare Steuerentlastungen überdeckt.

Ohne Berücksichtigung der aufgrund des Bildens von Vorsorgereserven nach § 340f HGB und Reserven nach § 26a KWG a. F. entstandenen Ansatzunterschiede entfallen die künftigen Steuerentlastungen auf unterschiedliche Wertansätze bei den Rückstellungen und abweichende Bewertungen des Wertpapierbestands.

MITARBEITER/-INNEN

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	2010	2009
Vollzeitkräfte	462	467
Teilzeit- und Ultimokräfte	302	312
	764	779
Auszubildende	52	50
Insgesamt	816	829

Die Mitarbeiterin Frau Dagmar Metzger ist Mitglied im Aufsichtsrat der HEAG Holding AG - Beteiligungsmanagement der Wissenschaftsstadt Darmstadt (HEAG), Darmstadt.

VERWALTUNGSRAT UND VORSTAND

Verwaltungsrat

Vorsitzender

Herr Walter Hoffmann, Oberbürgermeister der Stadt Darmstadt

Stellvertretender Vorsitzender

Herr Klaus Peter Schellhaas, Landrat des Landkreises Darmstadt-Dieburg

Mitglieder

Herr Hanno Benz, Pressesprecher, Versatel Süd-Deutschland GmbH

Herr Wolfgang Glenz, Bürgermeister der Stadt Darmstadt

Herr Reinhold Hafermehl, Bankkaufmann, Sparkassenangestellter, Geschäftsstellenleiter

Herr Bernd Hartmann, Bürgermeister a. D. der Stadt Ober-Ramstadt

Herr Thomas Heldmann, kaufmännischer Angestellter, Deutsche Telekom AG

Herr Hans-Dieter Karl, Bürgermeister der Gemeinde Erzhausen

Frau Petra Klink, Bankkauffrau, Sparkassenangestellte im Personalwesen

Herr Günter Martini, Bürgermeister der Gemeinde Bickenbach

Frau Birgitta Pietz, Rechtsanwältin in der Sozietät v. KEUSSLER, Darmstadt

Herr Rafael Reißer, Mitglied des Hessischen Landtags

Herr Friedel Röder, Bankkaufmann, Sparkassenangestellter, Personalratsvorsitzender

Frau Melanie Steckenreuter, Bankkauffrau, Sparkassenangestellte im Wertpapierhandel

Frau Renate Wudy, Bankkauffrau, Sparkassenangestellte im Bereich Marktfolge Kredit

Vorstand

Vorsitzender

Herr Sparkassendirektor Georg Sellner

Stellvertretender Vorsitzender

Herr Sparkassendirektor Roman Scheidel

Mitglieder

Herr Sparkassendirektor Hans-Werner Erb

Herr Sparkassendirektor Georg Sellner ist Mitglied im Aufsichtsrat der SV Sparkassen-Versicherung Lebensversicherung AG, Stuttgart, der Deutscher Sparkassen Verlag GmbH, Stuttgart, der Feuersozietät Berlin Brandenburg Versicherung AG, Berlin, und stellvertretendes Mitglied im Aufsichtsrat der SIZ Informationszentrum der Sparkassenorganisation GmbH, Bonn, sowie Mitglied der Trägerversammlung der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main und Erfurt, und Mitglied der Gesellschafterversammlung der Finanz Informatik GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main. Herr Sparkassendirektor Roman Scheidel ist Mitglied im Aufsichtsrat der PROFI Engineering Systems AG, Darmstadt. Herr Sparkassendirektor Hans-Werner Erb ist Mitglied im Aufsichtsrat der HEAG Holding AG - Beteiligungsmanagement der Wissenschaftsstadt Darmstadt (HEAG), Darmstadt.

Darmstadt, den 26. April 2011

Der Vorstand

Sellner

Scheidel

Erb

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Stadt- und Kreis-Sparkasse Darmstadt für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstandes der Stadt- und Kreis-Sparkasse Darmstadt. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Stadt- und Kreis-Sparkasse Darmstadt sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstandes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt- und Kreis-Sparkasse Darmstadt. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Stadt- und Kreis-Sparkasse Darmstadt und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 10. Mai 2011

Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen
- Prüfungsstelle -

Dr. Sablotny
Wirtschaftsprüfer

Der Verwaltungsrat hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010 der
Stadt- und Kreis-Sparkasse Darmstadt
am 17. Juni 2011
festgestellt.

Darmstadt, den 17. Juni 2011

Der Vorstand

Sellner

Scheidel

Erb

4 Wertpapierbeschreibung für Schuldverschreibungen der Sparkasse Darmstadt

4.1 Allgemeines

Die nachfolgenden Informationen geben einen Überblick über wesentliche Ausstattungsmerkmale der Schuldverschreibungen. Da die Ausstattungsmerkmale der Schuldverschreibungen sowie die Angebotsbedingungen erst bei deren Ausgabe festgelegt werden können, müssen diese Informationen sowie die nachfolgend abgedruckten Anleihebedingungen im Zusammenhang mit den Endgültigen Bedingungen, die diesen Prospekt ergänzen, gelesen werden, die bei der Ausgabe von Schuldverschreibungen jeweils gemäß § 14 Wertpapierprospektgesetz veröffentlicht werden.

Die Emittentin beabsichtigt, im Rahmen eines Angebotsprogramms Emissionen von nicht-nachrangigen Schuldverschreibungen mit fester Verzinsung oder mit variabler Verzinsung jeweils ohne Kündigungsrecht der Emittentin zu begeben.

Die Beschreibung der Schuldverschreibungen erfolgt in der genannten Reihenfolge:

- (i) nicht-nachrangige Schuldverschreibungen mit festem Nennbetrag und mit fester Verzinsung
- (ii) nicht-nachrangige Schuldverschreibungen mit festem Nennbetrag und mit variabler Verzinsung

In jedem Fall erfolgt die Rückzahlung am Ende der Laufzeit zu 100 % des Nennbetrages.

4.2 Verantwortliche Personen

Die Sparkasse Darmstadt mit Sitz in Darmstadt übernimmt für die im Prospekt gemachten Angaben die Verantwortung. Sie erklärt, dass ihres Wissens die Angaben richtig und keine wesentlichen Umstände ausgelassen sind.

4.3 Gründe für das Angebot, Verwendung des Emissionserlöses

Der Emissionserlös aus der Begebung von Schuldverschreibungen wird von der Emittentin für die Finanzierung ihrer allgemeinen Geschäftstätigkeit verwendet.

4.4 Angaben über die anzubietenden nicht-nachrangigen Schuldverschreibungen mit fester oder mit variabler Verzinsung

4.4.1 Wertpapiergattung, Identifikationsnummer

Bei der Emission der Sparkasse Darmstadt handelt es sich um Inhaberschuldverschreibungen, Serie ●.

Die Schuldverschreibungen haben den ISIN-Code ● und die WKN ●.

4.4.2 Anwendbares Recht

Form und Inhalt der Schuldverschreibungen sowie die Rechte und Pflichten der Gläubiger und der Emittentin bestimmen sich nach deutschem Recht.

4.4.3 Verbriefung

Die Schuldverschreibungen samt Zinsansprüchen sind in einer Global-Inhaberschuldverschreibung (die „Rahmenurkunde“) verbrieft, die am Tag der Begebung bei der Clearstream Banking AG, Neue Börsenstraße 1, 60487 Frankfurt am Main, hinterlegt wird. Die Rahmenurkunde trägt die eigenhändige Unterschrift von zwei Vertretungsberechtigten der Emittentin.

Den Inhabern der Schuldverschreibungen stehen Miteigentumsanteile an dieser Rahmenurkunde zu. Effektive Stücke von Schuldverschreibungen oder Zinsscheinen werden nicht ausgestellt.

4.4.4 Währung

Die Schuldverschreibungen werden in Euro begeben.

4.4.5 Status und Rang

Die Schuldverschreibungen werden als nicht-nachrangige Schuldverschreibungen ausgegeben. Die Schuldverschreibungen einer Serie sind untereinander in jedem Fall gleichrangig.

Die nicht-nachrangigen Schuldverschreibungen sind mit allen anderen nicht-nachrangigen unbesicherten Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig, unbeschadet etwaiger solcher Verbindlichkeiten, die auf Grund Gesetzes Vorrang genießen.

4.4.6 Kündigungsrecht der Emittentin

Es besteht kein Kündigungsrecht der Emittentin.

4.4.7 Verzinsung

Die Endgültigen Bedingungen sehen vor, dass Schuldverschreibungen mit [fester Verzinsung] [mit variabler Verzinsung] begeben werden.

Die Endgültigen Bedingungen legen die Zinslaufperioden fest.

[(i) Feste Verzinsung

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrages vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) mit jährlich ● % verzinst.

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis actual/actual.

Die Zinsen sind jeweils am ● fällig, erstmals am ●. Die Verzinsung der Schuldverschreibungen endet mit Ablauf des Tages, der dem Fälligkeitstag (siehe Abschnitt 4.4.8) vorausgeht.]

[(ii) Variable Verzinsung

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrages vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) [und vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich)] [sowie evtl. weiteren Zinslaufperioden] zum maßgeblichen variablen Zinssatz (der „maßgebliche F-Zinssatz“) verzinst.

Zinstermine sind der ● [, der ●] [, der ●] [und der ●] eines jeden Jahres. Die Zinsen sind [viertel]jährlich] [halbjährlich] [jährlich] an den Zinstermenin zahlen (jeweils ein „Zinszahlungstag“), erstmals am ●.

Der maßgebliche F-Zinssatz berechnet sich unter Zugrundelegung eines variablen Referenzzinssatzes (der „Referenzzinssatz“). Der Referenzzinssatz entspricht dem [3-Monats-Euribor] [6-Monats-Euribor] [12-Monats-Euribor], wie er am Zinsfeststellungstag (der „Zinsfeststellungstag“) gegen 11:00 Uhr (Ortszeit Brüssel) auf der Reuters-Seite „EURIBOR01“ veröffentlicht wird.

Der maßgebliche F-Zinssatz berechnet sich dabei aus dem Referenzzinssatz [abzüglich ● %] [und beträgt mindestens ● %] [und beträgt maximal ● %].

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis ●.

„Zinsfeststellungstag“ ist jeweils der ●. Bankgeschäftstag vor Beginn einer jeweiligen Zinslaufperiode.

Sollte am jeweiligen Zinsfeststellungstag zu der genannten Zeit die Reuters-Seite „EURIBOR01“ nicht zur Verfügung stehen oder sollte der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, so wird zur Bestimmung des relevanten Referenzzinssatzes die Bloomberg-Seite [EUR003M <INDEX> <GO>] [EUR006M <INDEX> <GO>] [EUR012M <INDEX> <GO>] über die Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale herangezogen. Sollte auch hier der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, ist die Emittentin berechtigt, als relevanten Referenzzinssatz einen auf Basis der dann geltenden Marktusancen ermittelten Zinssatz für Einlagen in EUR für [drei] [sechs] [zwölf] Monate festzulegen.

Ist der jeweilige Zinstermin kein Bankgeschäftstag, ist der Zinszahlungstag der unmittelbar folgende Bankgeschäftstag, es sei denn, der Zinszahlungstag würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen. In diesem Fall ist der Zinszahlungstag der unmittelbar vor dem jeweiligen Zinstermin liegende Bankgeschäftstag (Geschäftstagekonvention modified following adjusted).

Dabei ist „Bankgeschäftstag“ jeder Tag, an dem Zahlungen in Euro über das Trans European Real Time Gross Settlement Express Transfer System („TARGET2“) abgewickelt werden können.

Im Falle einer technischen Störung ist die Emittentin berechtigt, den maßgeblichen F-Zinssatz zum Zinsfeststellungstag innerhalb von drei Bankgeschäftstagen nachträglich zu bestimmen.]

Für die Zinszahlungen gilt die gesetzliche Verjährungsfrist.

4.4.8 Fälligkeit, Art und Weise der Rückzahlung

Die Schuldverschreibungen werden zu 100 % am ● (der „Fälligkeitstag“) zurückgezahlt. Die zu zahlenden Beträge werden von der Emittentin an die Clearstream Banking AG zwecks Gutschrift auf die Konten des jeweiligen depotführenden Kreditinstituts zur Weiterleitung an die Gläubiger überwiesen.

Zahlungen der Emittentin an die Clearstream Banking AG befreien die Emittentin in Höhe der geleisteten Zahlungen von ihren Verbindlichkeiten gegenüber den Gläubigern aus den Schuldverschreibungen.

Sollte der Fälligkeitstag kein Bankgeschäftstag sein, so gilt als Fälligkeitstag der nächstfolgende Bankgeschäftstag, ohne dass ein Anspruch auf Zinsen oder Entschädigung wegen eines solchen Zahlungsaufschubs besteht.

„Bankgeschäftstag“ ist jeder Tag, an dem Zahlungen in Euro über das Trans European Real Time Gross Settlement Express Transfer System („TARGET 2“) abgewickelt werden können.

Die Vorlegungsfrist gemäß § 801 Abs. 1 Satz 1 BGB für fällige Schuldverschreibungen wird auf 3 Jahre verkürzt. Die Verjährungsfrist für Ansprüche aus Schuldverschreibungen, die innerhalb der Vorlegungsfrist zur Zahlung vorgelegt werden, beträgt zwei Jahre vom Ende der betreffenden Vorlegungsfrist an.

4.4.9 Rendite

[Die Emissionsrendite beträgt ●. Die Methode ihrer Berechnung wird jeweils in den Endgültigen Bedingungen offen gelegt, sofern dies im Hinblick auf die Art der Verzinsung zum betreffenden Zeitpunkt möglich ist.]

4.4.10 Ermächtigung

Aufgrund des Beschlusses ● begibt die Sparkasse Darmstadt mit Sitz in Darmstadt Schuldverschreibungen.

4.4.11 Emissionstermin

Die Schuldverschreibungen werden voraussichtlich am ● erstmalig emittiert.

4.4.12 Übertragbarkeit der Wertpapiere

Die Schuldverschreibungen sind entsprechend den jeweils geltenden Vorschriften und Verfahren der Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main, übertragbar. Es bestehen seitens der Emittentin keine Übertragungsbeschränkungen.

4.4.13 Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland

In der Bundesrepublik Deutschland besteht zum Prospektdatum keine gesetzliche Verpflichtung der Emittentin zur Einbehaltung oder zum Abzug von Steuern oder sonstigen Abgaben gleich welcher Art auf Kapital und / oder Zinsen der Inhaber-Teilschuldverschreibungen (Quellensteuer). Hiervon zu unterscheiden ist die Abgeltungsteuer, für deren Einbehaltung die auszahlende Stelle verantwortlich ist.

Potenziellen Anlegern der Schuldverschreibungen wird daher geraten, ihren eigenen steuerlichen Berater zur Klärung der steuerlichen Konsequenzen zu konsultieren, die aus dem Kauf, Halten und der Veräußerung der Schuldverschreibungen folgen.

4.4.14 Verkaufsbeschränkungen

Die Weitergabe dieses Prospekts und das Angebot der Schuldverschreibungen können in bestimmten Rechtsordnungen gesetzlichen Beschränkungen unterliegen. Die Emittentin

geht davon aus, dass Personen, die in den Besitz dieses Prospektes gelangen, sich über solche Beschränkungen informieren und diese beachten.

Insbesondere wurden und werden die Schuldverschreibungen nicht gemäß dem United States Securities Act von 1933 registriert. Sie dürfen weder unmittelbar noch mittelbar zu irgendeinem Zeitpunkt innerhalb der Vereinigten Staaten von Amerika oder an oder für Rechnung oder zu Gunsten von Bürgern der Vereinigten Staaten von Amerika angeboten oder verkauft werden. Ein Angebot, Verkauf, Weiterverkauf, Handel oder eine Lieferung, sei es unmittelbar oder mittelbar, innerhalb der Vereinigten Staaten oder an, für Rechnung oder zugunsten von US-Personen erkennt die Emittentin nicht an. Eine gegen diese Beschränkung verstoßende Transaktion kann eine Verletzung des Rechts der Vereinigten Staaten von Amerika darstellen. Die Emittentin ist hierfür nicht verantwortlich.

4.5 Bedingungen und Konditionen des Angebots

4.5.1 Angebotsstatistiken, Zeitplan und erforderliche Maßnahmen zur Umsetzung des Angebots

4.5.1.1 Emissionsvolumen, Stückelung

Das Emissionsvolumen des Angebots beträgt ●, eingeteilt in ● Inhaberschuldverschreibungen zu je 1.000,00 Euro.

4.5.1.2 Beginn des öffentlichen Angebots und Verkaufsbeginn

Das öffentliche Angebot beginnt am ● und erfolgt fortlaufend.

4.5.1.3 Mindestanlagebetrag

Der Mindestanlagebetrag beträgt 1.000,00 Euro.

4.5.1.4 Lieferung der Wertpapiere

Die Schuldverschreibungen samt Zinsansprüchen sind in einer Global-Inhaberschuldverschreibung (die „Rahmenurkunde“) verbrieft, die bei der Clearstream Banking AG, Neue Börsenstraße 1, 60487 Frankfurt am Main, hinterlegt wird. Der Anspruch des Anlegers auf Einzelverbriefung ist ausgeschlossen. Die Anleihegläubiger erhalten eine Gutschrift in Höhe ihres Miteigentumsanteils an der Global-Inhaberschuldverschreibung in ihr jeweiliges Wertpapierdepot gebucht. Die Schuldverschreibungen sind entsprechend den jeweils geltenden Vorschriften und Verfahren der Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main, übertragbar. Nach Erteilung des Kaufauftrages erfolgt die Abrechnung unverzüglich und die Wertpapierabrechnung wird unverzüglich versandt. Die Geldebuchung erfolgt mit Wertstellung zwei Bankgeschäftstage nach Abrechnungstag.

4.5.2 Plan für die Aufteilung der Wertpapiere

Die Schuldverschreibungen werden an Privatanleger und / oder an institutionelle Investoren in der Bundesrepublik Deutschland verkauft.

4.5.3 Kursfestsetzung, Verkaufskurs

Der von der Emittentin festgelegte erste Verkaufskurs beträgt ●. Anschließend werden die Schuldverschreibungen freibleibend zum Verkauf gestellt. Die Verkaufspreise werden dann fortlaufend festgesetzt. Es entstehen keine Kosten bei Verkauf.

4.5.4 Platzierung und Emission

4.5.4.1 Platzierung

Die Schuldverschreibungen können bei der Sparkasse Darmstadt, Rheinstraße 10-12, 64283 Darmstadt bezogen werden.

4.5.4.2 Zahl- und Hinterlegungsstelle

Die Zahlstelle für die Schuldverschreibungen ist die Sparkasse Darmstadt, Rheinstraße 10-12, 64283 Darmstadt.

Die Hinterlegungsstelle für die Schuldverschreibungen ist die Clearstream Banking AG, Neue Börsenstraße 1, 60487 Frankfurt am Main.

4.6 Zulassung zum Handel

Es ist nicht beabsichtigt, die Schuldverschreibungen in den Freiverkehr einzubeziehen oder zum Handel im regulierten Markt einer Börse zuzulassen.

4.7 Zusätzliche Informationen

4.7.1 Angaben, die in die Endgültigen Bedingungen einer Emission aufgenommen werden

In die Endgültigen Bedingungen einer Emission werden alle noch ausstehenden Informationen zu den Schuldverschreibungen und des jeweiligen Angebots, wie Verzinsung, Laufzeit, Fälligkeit, Emissionsvolumen, Beginn des öffentlichen Angebots, Verkaufskurs und Mindestzeichnung, aufgenommen. Die Endgültigen Bedingungen enthalten somit alle wirtschaftlichen Daten der jeweiligen Emission. Darüber hinaus enthalten die Endgültigen Bedingungen einen Komplettabdruck der Anleihebedingungen. Die Emittentin behält sich vor, die Endgültigen Bedingungen auch als konsolidierte Fassung des Prospektes zu erstellen.

4.7.2 Veröffentlichung des Prospekts, Veröffentlichung der Endgültigen Bedingungen

Dieser Prospekt wird nach seiner Billigung bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hinterlegt und unverzüglich, spätestens einen Werktag vor Beginn des öffentlichen Angebots gemäß § 14 Abs. 2 Nr. 3 Buchst. a Wertpapierprospektgesetz auf der Internetseite der Emittentin veröffentlicht.

Die Endgültigen Bedingungen werden für jede Emission spätestens am ersten Tag des öffentlichen Angebots veröffentlicht und bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hinterlegt. Die Veröffentlichung erfolgt auf der Internetseite der Emittentin. Die Hinterlegung der Endgültigen Bedingungen des Angebots bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht erfolgt am Tag ihrer Veröffentlichung.

Die gedruckten Fassungen des Prospekts und der Endgültigen Bedingungen sind während der üblichen Öffnungszeiten bei der Sparkasse Darmstadt, Rheinstraße 10-12, 64283 Darmstadt, kostenlos erhältlich.

4.7.3 Angaben zu Beratern, Abschlussprüfern und Sachverständigeninformationen

An der Emission ist kein Berater beteiligt.

Im Registrierungsformular ist ein von einem gesetzlichen Abschlussprüfer überprüfter Inhalt vorhanden (siehe Seite 40 und Seite 64).

Im Prospekt sind keine Sachverständigeninformationen eingefügt.

5 Anleihebedingungen

§ 1 Nennbetrag

Die Emission der Sparkasse Darmstadt (die „Emittentin“) im Gesamtnennbetrag von ● (in Worten ●) ist eingeteilt in ● auf den Inhaber lautende Schuldverschreibungen (die „Schuldverschreibungen“) im Nennbetrag von je 1.000,00 Euro.

§ 2 Wertpapiergattung, Identifikationsnummer

Bei der Emission der Sparkasse Darmstadt handelt es sich um Inhaberschuldverschreibungen, Serie ●.

Die Schuldverschreibungen haben den ISIN-Code ● und die WKN ●.

§ 3 Verbriefung

Die Schuldverschreibungen samt Zinsansprüchen sind in einer Global-Inhaberschuldverschreibung (die „Rahmenurkunde“) verbrieft, die am Tag der Begebung bei der Clearstream Banking AG, Neue Börsenstraße 1, 60487 Frankfurt am Main (die „Clearstream Banking AG“), hinterlegt wird. Die Rahmenurkunde trägt die eigenhändige Unterschrift von zwei Vertretungsberechtigten der Emittentin.

Den Inhabern der Schuldverschreibungen stehen Miteigentumsanteile an dieser Rahmenurkunde zu, die gemäß den Regeln und Bestimmungen der Clearstream Banking AG übertragen werden können. Effektive Stücke von Schuldverschreibungen oder Zinsscheinen werden nicht ausgestellt.

§ 4 Währung

Die Schuldverschreibungen werden in Euro begeben.

§ 5 Kündigungsrecht der Emittentin, Bankgeschäftstag

Die Kündigung der Schuldverschreibungen seitens der Emittentin ist ausgeschlossen.

„Bankgeschäftstag“ ist jeder Tag, an dem Zahlungen in Euro über das Trans European Real Time Gross Settlement Express Transfer System („TARGET2“) abgewickelt werden können.

§ 6 Fälligkeit und Verjährung

Die Schuldverschreibungen werden zu 100 % des Nennwertes am ● (der „Fälligkeitstag“) zurückgezahlt.

Die Vorlegungsfrist gemäß § 801 Abs. 1 Satz 1 BGB für fällige Schuldverschreibungen wird auf 3 Jahre verkürzt. Die Verjährungsfrist für Ansprüche aus Schuldverschreibungen, die innerhalb der Vorlegungsfrist zur Zahlung vorgelegt werden, beträgt zwei Jahre vom Ende der betreffenden Vorlegungsfrist an.

§ 7 Status und Rang

Die Schuldverschreibungen werden als nicht-nachrangige Schuldverschreibungen ausgegeben.

Die Schuldverschreibungen einer Serie sind untereinander in jedem Fall gleichrangig.

Als nicht-nachrangige Schuldverschreibungen sind diese mit allen anderen nicht-nachrangigen unbesicherten Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig, unbeschadet etwaiger solcher Verbindlichkeiten, die auf Grund Gesetzes Vorrang genießen.

§ 8 Verzinsung

[Feste Verzinsung

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrages vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) mit jährlich ● % verzinst.

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis actual/actual.

Die Zinsen sind jeweils am ● fällig, erstmals am ●. Die Verzinsung der Schuldverschreibungen endet mit Ablauf des Tages, der dem Fälligkeitstag (§ 6) vorausgeht.]

[Variable Verzinsung

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrages vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) [und vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich)] [sowie evtl. weiteren Zinslaufperioden] zum maßgeblichen variablen Zinssatz (der „maßgebliche F-Zinssatz“) verzinst.

Zinstermine sind der ● [, der ●] [, der ●] [und der ●] eines jeden Jahres. Die Zinsen sind [viertel]jährlich [halbjährlich] [jährlich] an den Zinstermenin zahlenbar (jeweils ein „Zinszahlungstag“), erstmals am ●.

Der maßgebliche F-Zinssatz berechnet sich unter Zugrundelegung eines variablen Referenzzinssatzes (der „Referenzzinssatz“). Der Referenzzinssatz entspricht dem [3-Monats-Euribor] [6-Monats-Euribor] [12-Monats-Euribor], wie er am Zinsfeststellungstag (der „Zinsfeststellungstag“) gegen 11:00 Uhr (Ortszeit Brüssel) auf der Reuters-Seite „EURIBOR01“ veröffentlicht wird.

Der maßgebliche F-Zinssatz berechnet sich dabei aus dem Referenzzinssatz [abzüglich ● %] [und beträgt mindestens ● %] [und beträgt maximal ● %].

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis ●.

„Zinsfeststellungstag“ ist jeweils der ●. Bankgeschäftstag (§ 5) vor Beginn einer jeweiligen Zinslaufperiode.

Sollte am jeweiligen Zinsfeststellungstag zu der genannten Zeit die Reuters-Seite „EURIBOR01“ nicht zur Verfügung stehen oder sollte der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, so wird zur Bestimmung des relevanten Referenzzinssatzes die Bloomberg-Seite [EUR003M <INDEX> <GO>] [EUR006M <INDEX> <GO>] [EUR012M <INDEX> <GO>] über die Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale herangezogen. Sollte auch hier der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, ist die Emittentin berechtigt, als relevanten Referenzzinssatz einen auf Basis der dann geltenden Marktusancen ermittelten Zinssatz für Einlagen in EUR für [drei] [sechs] [zwölf] Monate festzulegen.

Ist der jeweilige Zinstermin kein Bankgeschäftstag (§ 5), ist der Zinszahlungstag der unmittelbar folgende Bankgeschäftstag, es sei denn, der Zinszahlungstag würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen. In diesem Fall ist der Zinszahlungstag der unmittelbar vor dem jeweiligen Zinstermin liegende Bankgeschäftstag (Geschäftstagekonvention „modified following adjusted“).

Im Falle einer technischen Störung ist die Emittentin berechtigt, den maßgeblichen F-Zinssatz zum Zinsfeststellungstag innerhalb von drei Bankgeschäftstagen nachträglich zu bestimmen.]

§ 9 Zahlungen

Sämtliche gemäß den Anleihebedingungen zahlbaren Beträge werden von der Emittentin an die Clearstream Banking AG zwecks Gutschrift auf die Konten des jeweiligen depotführenden Kreditinstituts zur Weiterleitung an die Gläubiger überwiesen.

Zahlungen der Emittentin an die Clearstream Banking AG befreien die Emittentin in Höhe der geleisteten Zahlungen von ihren Verbindlichkeiten gegenüber den Gläubigern aus den Schuldverschreibungen.

Sollte der Fälligkeitstag kein Bankgeschäftstag sein, so gilt als Fälligkeitstag der nächstfolgende Bankgeschäftstag, ohne dass ein Anspruch auf Zinsen oder Entschädigung wegen eines solchen Zahlungsaufschubs besteht.

§ 10 Begebung weiterer Schuldverschreibungen, Rückkauf von Schuldverschreibungen

Die Emittentin behält sich vor, von Zeit zu Zeit ohne Zustimmung der Gläubiger weitere Schuldverschreibungen mit gleicher Ausstattung in der Weise zu begeben, dass sie mit den Schuldverschreibungen zusammengefasst werden, eine einheitliche Anleihe bilden und ihren Gesamtnennbetrag erhöhen. Der Begriff „Schuldverschreibungen“ umfasst im Fall einer solchen Erhöhung auch solche zusätzlich begebenen Schuldverschreibungen.

Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit auch ohne öffentliche Bekanntmachung Schuldverschreibungen zu erwerben und / oder wieder zu verkaufen.

§ 11 Anwendbares Recht, Erfüllungsort, Gerichtsstand

Form und Inhalt der Schuldverschreibungen sowie die Rechte und Pflichten der Gläubiger und der Emittentin bestimmen sich nach deutschem Recht.

Erfüllungsort ist Frankfurt am Main.

Gerichtsstand für alle Rechtsstreitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen ist Darmstadt.

§ 12 Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieser Anleihebedingungen ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein, so bleiben die übrigen Bestimmungen hiervon unberührt. Unwirksame Bestimmungen werden in Übereinstimmung mit Sinn und Zweck dieser Anleihebedingungen ersetzt.

6 Endgültige Bedingungen

Die nachfolgenden Angaben stellen ein Muster der jeweiligen Endgültigen Bedingungen zu diesem Basisprospekt dar. Im Rahmen der Emission werden die mit einem Platzhalter („●“)

gekennzeichneten Stellen ausgefüllt und die mit eckigen Klammern („[]“) gekennzeichneten Optionen ausgewählt oder weggelassen.

Dies sind die Endgültigen Bedingungen einer Emission von Schuldverschreibungen nach Maßgabe des Basisprospektes der Sparkasse Darmstadt vom 19.09.2011. Vollständige Informationen über die Sparkasse Darmstadt und das Angebot der Schuldverschreibungen sind nur verfügbar, wenn die Endgültigen Bedingungen und der Basisprospekt vom 19.09.2011 und etwaiger Nachträge gem. § 16 Wertpapierprospektgesetz (WpPG) zusammen gelesen werden. Der Basisprospekt kann auf der Website der Sparkasse Darmstadt (www.sparkasse-darmstadt.de) eingesehen werden. Kopien des Prospektes werden an der Hauptverwaltung der Sparkasse Darmstadt, Rheinstraße 10-12, 64283 Darmstadt, zur kostenlosen Ausgabe an das Publikum bereitgehalten.

1. Serie: ●
2. ISIN: ●
3. WKN: ●
4. Währung: Euro
5. Status und Rang: Die Schuldverschreibungen werden als nicht-nachrangige Schuldverschreibungen ausgegeben.
6. Verzinsung: [(bei fester Verzinsung:)

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrages vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) mit jährlich ● % verzinst.

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis actual/actual.

Die Zinsen sind jeweils am ● fällig, erstmals am ●. Die Verzinsung der Schuldverschreibungen endet mit Ablauf des Tages, der dem Fälligkeitstag vorausgeht.]

[(bei variabler Verzinsung:)

Die Schuldverschreibungen werden in Höhe ihres Nennbetrages vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich) [und vom ● (einschließlich) bis zum ● (ausschließlich)] [sowie evtl.

weitere Zinslaufperioden] zum maßgeblichen variablen Zinssatz (der „maßgebliche F-Zinssatz“) verzinst.

Zinstermine sind der ● [, der ●] [, der ●] [und der ●] eines jeden Jahres. Die Zinsen sind [vierteljährlich] [halbjährlich] [jährlich] an den Zinstermenin zahlbar (jeweils ein „Zinszahlungstag“), erstmals am ●.

Der maßgebliche F-Zinssatz berechnet sich unter Zugrundelegung eines variablen Referenzzinssatzes (der „Referenzzinssatz“). Der Referenzzinssatz entspricht dem [3-Monats-Euribor] [6-Monats-Euribor] [12-Monats-Euribor], wie er am Zinsfeststellungstag (der „Zinsfeststellungstag“) gegen 11:00 Uhr (Ortszeit Brüssel) auf der Reuters-Seite „EURIBOR01“ veröffentlicht wird.

Der maßgebliche F-Zinssatz berechnet sich dabei aus dem Referenzzinssatz [abzüglich ● %] [und beträgt mindestens ● %] [und beträgt maximal ● %].

Die Zinsberechnung erfolgt auf Basis ●.

„Zinsfeststellungstag“ ist jeweils der ●. Bankgeschäftstag vor Beginn einer jeweiligen Zinslaufperiode.

Sollte am jeweiligen Zinsfeststellungstag zu der genannten Zeit die Reuters-Seite „EURIBOR01“ nicht zur Verfügung stehen oder sollte der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, so wird zur Bestimmung des relevanten Referenzzinssatzes die Bloomberg-Seite [EUR003M <INDEX> <GO>] [EUR006M <INDEX> <GO>] [EUR012M <INDEX> <GO>] über die Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale herangezogen. Sollte auch hier der Referenzzinssatz nicht angezeigt werden, ist die Emittentin berechtigt, als relevanten Referenzzinssatz einen auf Basis der dann geltenden Marktusancen ermittelten Zinssatz für Einlagen in EUR für [drei] [sechs] [zwölf] Monate festzulegen.

Im Falle einer technischen Störung ist die Emittentin berechtigt, den maßgeblichen F-Zinssatz zum Zinsfeststellungstag innerhalb von drei Bankgeschäftstagen nachträglich zu bestimmen.]

8. Fälligkeitstag: ●

9. Rendite: [(bei festverzinslichen Inhaberschuldverschreibungen:) Die Emissionsrendite beträgt ●. Berechnungsgrundlage: ●.]
[Nicht anwendbar]
10. Ermächtigung: Auf Grund des Beschlusses ● begibt die Sparkasse Darmstadt mit Sitz in Darmstadt Schuldverschreibungen.
11. Emissionstermin: ●
12. Emissionsvolumen, Stückelung: Das Emissionsvolumen des Angebots beträgt ●, eingeteilt in ● Inhaberschuldverschreibungen zu je 1.000,00 Euro.
13. Beginn des öffentlichen Angebots: ●
14. Mindestanlagebetrag: 1.000,00 Euro.
15. Verkaufskurs: Der von der Emittentin festgelegte erste Verkaufskurs beträgt ●. Anschließend werden die Schuldverschreibungen freibleibend zum Verkauf gestellt. Die Verkaufspreise werden dann fortlaufend festgesetzt.
16. Platzierung: Die Schuldverschreibungen können bei der Sparkasse Darmstadt, Rheinstraße 10-12, 64283 Darmstadt bezogen werden.

Darmstadt, den 19.09.2011

Stadt- und Kreis-Sparkasse Darmstadt
der Vorstand



Georg Sellner



Roman Scheidel